

NACHRICHTEN

Die Aktionstage für eine Mobilitätswende wurden zu einem Kampf um das Versammlungsrecht.

3

PROJEKTE

Radeln als Alternative: Die Kooperative Cecosola trotz dem Diesel-embargo in Venezuela.

5

BEWEGUNG

Jubiläum der Pariser Commune: Was wir aus der anarchistischen Geschichte lernen können.

6

BIOTONNE

Neokoloniale Illusion: Wirksame Klimapolitik muss auch globale Ausbeutung in den Blick nehmen.

13

SCHWERPUNKT



▲ Walk of Care am 12. Mai 2021 in Berlin zum internationalen Tag der Pflege

Foto: Karl-Ludwig Reuter

Solidarität ist gesund

Es passt zum neoliberalen Zeitgeist, dass Gesundheit vor allem mit individuellem Verhalten in Verbindung gebracht wird. Doch ein gesundes Leben lässt sich nicht alleine führen: Wir sind abhängig von anderen, die sich um uns kümmern, wenn wir Unterstützung brauchen. Und wir sind angewiesen auf Lebensbedingungen, die unserer Gesundheit zuträglich sind - und die müssen wir gemeinsam gestalten.

REGINE BEYSS, REDAKTION KASSEL UND
BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Die Caritas hat 2013 in einer »Mixtur für ein gesundes Leben« dargestellt, welche Faktoren einen Einfluss auf unsere Gesundheit haben. Bewegung, Ernährung, medizinische Versorgung und Vorsorgeuntersuchungen tauchen darin natürlich auf. Aber daneben stehen auch: die Wohnsituation, die Arbeitsbedingungen, der Zugang zu Bildung, gesellschaftliche Teilhabe, Grünflächen, Parks und eine geringe Schadstoffbelastung. Zusammenfassend schreibt die Caritas: »Die Gesundheitschancen sind trotz der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland nicht gerecht verteilt.«

Und hinzukommt: Die bestehenden Strukturen werden immer stärker an Profitinteressen statt am Gemeinwohl ausgerichtet.

In unserem Schwerpunkt wollen wir diese Situation aus verschiedenen Perspektiven betrachten – eine Situation, die sich seit Jahren verschärft und im Zuge der Corona-Pandemie noch einmal deutlicher zu Tage getreten ist. So führt die Ökonomisierung des Gesundheitswesens zum Beispiel dazu, dass Krankenhäuser geschlossen werden und die Zahl der Intensivbetten sinkt. Statt nach dem Kostendeckungsprinzip funktioniert die Finanzierung inzwischen vor allem über Fallpauschalen. Darüber berichtet für CONTRASTE die Initi-

ative »Gemeingut in BürgerInnenhand« (Seite 9). Die Sparmaßnahmen verschärfen gleichzeitig die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte – und machen es ihnen unmöglich, ihre Patient*innen so zu versorgen, wie diese es bräuchten. Dagegen demonstriert nun schon seit September 2020 regelmäßig der »Walk of Care« vor dem Bundesgesundheitsministerium in Berlin (Seite 9).

Doch es geht auch anders: Selbstorganisierte Strukturen machen vor, wie eine solidarische Gesundheitsversorgung vor Ort aussehen kann. Im »Poliklinik Syndikat« organisieren sich Kollektive aus verschiedenen Städten, die in ihren Kiezen breit aufgestellte Gesundheitszentren aufbauen und

betreiben. Für die Aktivist*innen ist die soziale Ungleichheit der entscheidende Faktor, um gesundheitliche Ungleichheit zu bekämpfen. Das Beispiel der Poliklinik im Hamburger Veddel zeigt das Modell einer anderen Gesundheitsversorgung: im Stadtteil verankert, gemeinwohlorientiert, interdisziplinär (Seite 10).

Ein Element davon ist das Konzept der »Community Health Nurses« (Seite 12). Auch Medibüros bieten in vielen Städten Deutschlands schon ihre Unterstützung an, vor allem für Menschen ohne Papier oder Krankenversicherung, die im derzeitigen System keinen sicheren Zugang zur Gesundheitsversorgung haben (Seite 12).

Frauentageszentren sind aus der zweiten Frauenbewegung hervorgegangen (Seite 11). Sie nehmen ebenfalls gesellschaftliche Bedingungen für Gesundheit in den Blick und haben es sich zum Ziel gesetzt, Frauen wieder zu Expert*innen für ihren eigenen Körper zu machen und sie der Medikalisation und Pathologisierung von Medizin und Pharmaindustrie zu entziehen. Dazu gehört auch der Umgang mit Geburten. Der Verein »Mother Hood« (Seite 11) macht sich stark für eine selbstbestimmte Geburt und für eine familienorientierte Geburtshilfe.

Schwerpunkt auf den Seiten 9 bis 12

DÜSSELDORF

Bündnis will das neue NRW-Versammlungsgesetz aufhalten

Rund 8.000 Menschen demonstrieren am Samstag, 26. Juni, in Düsseldorf gegen den Gesetzentwurf der schwarz-gelben Landesregierung. Aufgerufen hatte ein breites Bündnis aus 170 Organisationen. Die Polizei reagierte mit unverhältnismäßigen Repressionen.

REGINE BEYSS, REDAKTION KASSEL

Das Bündnis »Versammlungsgesetz NRW stoppen! – Grundrechte erhalten!« befürchtet massive Einschränkungen der Versammlungsfreiheit, sollte

das geplante NRW-Versammlungsgesetz beschlossen werden. So sollen voraussetzungslos Übersichtsmaßnahmen und unter bestimmten Voraussetzungen auch verdeckte Ton- und Videoaufnahmen zulässig sein. Durch polizeiliche Kontrollstellen könnte zukünftig der Zugang zu Versammlungen erheblich erschwert oder gar unterbunden werden. Zentrale Prinzipien der Verfassungsrechtsprechung wurden nicht aufgenommen: etwa ein Deeskalationsgebot, die Ermöglichung von Gegenprotesten in Hör- und Sicht-

weite und die Pflicht für Zivilpolizist*innen, sich zu erkennen zu geben.

In der NRW-Landeshauptstadt protestierten dagegen unter anderem Fußballfans und Datenschützer*innen, Politiker*innen und Klimaaktivist*innen, Antifaschist*innen und Antikapitalist*innen, Gewerkschafter*innen und Jurist*innen. »Wir sind überwältigt, wie viel Zuspruch unsere Kritik heute bekommen hat«, sagte eine Sprecherin des Bündnisses. Dabei gehe es auch um die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen,

unter denen dieses Gesetz verabschiedet werden soll: Hunderte Polizist*innen unter Verdacht der Bildung rechtsextremer Netzwerke, staatlich verursachte und unaufgeklärte Todesfälle wie der von Amed Ahmad oder die fortschreitende Klimakrise.

Die Demonstrant*innen waren konfrontiert mit massiven Eingriffen seitens der Polizei. Der Ermittlungsausschuss (EA) berichtete am Tag nach der Demo von über 100 Personen, die durch Reizgas verletzt wurden. Acht Mal musste der Rettungswagen geru-

fen werden. Der Antifa-Block wurde fast sechs Stunden lang festgehalten, davon eine längere Zeit ohne Wasser- und Sanitärversorgung. 14 Personen wurden in die Gefangenenanstalt gebracht. »Heute hat die Polizei bereits deutlich ihre Macht demonstriert. Wir müssen Sorge vor dem zukünftigen Missbrauch dieser Macht haben, wenn das Versammlungsgesetz beschlossen wird«, hieß es in einer Pressemitteilung des Bündnisses.

Link: www.nrw-versammlungsgesetz-stoppen.de

ÜBER UNS

INHALTSVERZEICHNIS

NACHRICHTEN SEITE 3
AKTIONSTAGE FÜR EINE MOBILITÄTSWENDE

PROJEKTE SEITE 4
FUCHSMÜHLE, WALDKAPPEL
AG BERATUNG

PROJEKTE SEITE 5
CECOSESOLA TROTZT DEM DIESELEMBARGO

BEWEGUNG SEITE 6
SOZIALE REVOLUTION IN SPANIEN

GENOSSENSCHAFTEN SEITE 7
KULTURLAND EG UND ACKERSYNDIKAT

ÜBER DEN TELLERRAND SEITE 8
ERASMUS SCHÖFER WIRD 90
RECHTSTICKER

SCHWERPUNKT SEITE 9
KAMPAGNE DES BÜNDNIS KLINIKRETTUNG
WALK OF CARE

SEITE 10
POLIKLINIK SYNDIKAT

SEITE 11
SELBSTBESTIMMTE GEBURT
FRAUENGESUNDHEITSENTREN

SEITE 12
MEDIBÜRO, LÜBECK
COMMUNITY HEALTH NURSE

BIOTONNE SEITE 13
WIRKSAME KLIMAPOLITIK

KUNST & KULTUR SEITE 14
GRENZGÄNGERIN: JUTTA BAHR-JENDGES
GUTES AUF DIE OHREN

REZENSIONEN SEITE 15
DAS BESTE AUS BEIDEN KULTUREN
SOLIDARISCHE CARE-ÖKONOMIE
ENDE OFFEN
WHY WE MATTER
ÖKONOMIE DER KURZEN WEGE

TERMINE, KLEINANZEIGEN SEITE 16
KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM

contraste ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer fünf Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter:

<https://www.contraste.org/redaktion/ueber-uns>

contraste abonnieren!

Standard-Abo (Print oder PDF) zu **45 Euro** jährlich
(51 Euro bei Lieferung ins europäische Ausland)

Kombi-Abo (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich

Kollektiv-Abo (fünf Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

Fördermitgliedschaft mind. **70 Euro** jährlich, für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mind. **160 Euro** jährlich

Eine **Fördermitgliedschaft** bedeutet, **contraste** finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Bestellen unter: **abos@contraste.org**

Schnupperabo

Für nur **9 Euro** bekommt ihr drei Ausgaben als Print oder PDF zugeschickt. (Bezahlung im Voraus, endet automatisch ohne Kündigung)

AKTION 2021

Eis schlemmen für die CONTRASTE

Liebe Leser*innen,

die Corona-Zeit scheint fast vergessen, der Sommer ist da. Jetzt wird vieles nachgeholt an sinnlich Erfreulichem, vom Konzert bis zum Gaumenschmaus. Wie schön, die Lebensfreude ist wieder da! Aber auch die CONTRASTE will leben. Daher rufe ich nun die Juli-Aktion »Eis schlemmen« aus. Ein Eis für den Gaumen, ein Soli-Eis für die CONTRASTE. Die Solis sammeln und den Geldbetrag dann bitte für die Aktion 2021 spenden. Zusammen schaffen wir es vielleicht, dass wir in der Septemberausgabe Vollzug melden können.

An Unterstützung sind 588 Euro eingegangen. Vielen Dank. Jetzt sind es nämlich »nur«

noch 1.004,78 Euro, die wir benötigen, um die finanzielle Kurve zu kriegen. Dann wäre früh gesichert, dass es weiter gehen kann mit unserer Zeitung für Selbstorganisation. Ein gutes Gefühl.

Im Herbst droht dann vielleicht schon wieder Ungemach, wenn die Delta-Mutation sich wohl auch in Deutschland breit machen wird. Vielleicht kann das Bollwerk »Impfung« dagegen halten? Genießen wir den Sommer. Gerne auch mit den Zapatistas, von denen die ersten sieben Companeras Europa erreicht haben. Ihre erste Aktion: Sie benannten unseren Kontinent der Eroberungen in indigener Sprache um in SLUMIL K'AJXEMK'OP – »Widerspenstiges Land, das nicht aufgibt«.

Die Abo-Situation ist ausgeglichen, vier haben wir gewonnen und fünf verloren.

Die 33-Euro-Mai-Aktion brachte insgesamt sieben neue Abos. Schnupperabos wurden 16 »gebucht«.

Gerne würdigen wir unsere Spender*innen durch Namensnennung. Schreibt dazu bitte im Verwendungszweck »Name ja« oder sendet eine E-Mail an abos@contraste.org.

Aus der CONTRASTE-Redaktion grüßt

Heinz Weinhausen

Wir danken den Spender*innen

D.G.	10,00
G.G.	400,00
U.B.	150,00
L.C+M.L.	8,00
F.L.	20,00

IN DIESER AUSGABE WURDEN DIE FARBSEITEN 3 UND 7 EXTERN FINANZIERT.

Spententicker »Aktion 2021«

87,44 % finanziert 6.995,22 Euro Spenden 1.004,78 Euro fehlen noch

Das Zeitungsprojekt CONTRASTE benötigt noch **1.004,78 Euro**

Spenden für CONTRASTE

CONTRASTE E.V.

IBAN DE0250890000051512405

BIC GENODEF1VBD

BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL



Illustration: Eva Sempere

BRÜCKEN BAUEN

VON PETER STREIFF

Der Blick vom Maulwurfshügel hat diesmal mit demjenigen des letzten Monats zu tun. Die in der Juni-Ausgabe beschriebene Diskussion um »Normalismus« und »Normalität« sieht von einem benachbarten Hügel eben ein wenig anders aus.

Eine »Normalität als statistische Häufigkeit und Referenzgröße für politische Entscheidungen in der Neuzeit« kann man zwar als treffende Beschreibung der Mainstream-getriebenen Mehrheitsparteien-Regierung bezeichnen, als hilfreicher Ansatz für solidarische Zukunftsmodelle taugt sie wohl eher nicht. Und die Beobachtung, dass für viele »Querdenker« in der »Ausnahme-Situation von Corona die Sehnsucht nach Normalität Hochkonjunktur« habe, teile ich aufgrund meiner persönlichen Erfahrungen nicht – jedenfalls nicht so deutlich. Zudem wirken solche, als vereinfachend wahrgenommene Umschreibungen eher schubladisierend und werden der Buntheit einer neu entstandenen Bewegung nicht gerecht.

Nun soll es in diesem Beitrag nicht darum gehen, »die« Querdenker zu verteidigen, sondern die Art und Weise der laufenden Diskussion zu hinterfragen: Ist es wirklich hilfreich, in den beinahe einheitlichen Chor der großen Medien einzustimmen, statt mit engagierten Beteiligten direkt zu sprechen? Und gehört zu einem vollständigen Bild der aktuellen »Ausnahme-Situation« nicht zwingend dazu, wahrzunehmen wie mehrere, zur »Corona«-Politik kritisch berichtende Medien entweder in die Verschwörungsecke gerückt oder sogar aktiv und massiv behindert

werden – Stichwort grundlose Kontokündigung. Diffamierungen kritischer JournalistInnen kommen immer häufiger vor und auch mit TeilnehmerInnen von »Querdenker«- und ähnlichen Demonstrationen kommt eine offene und respektvolle Debatte kaum zu Stande.

Auch im Bereich der Wissenschaft finde ein konstruktiver und sachlicher Streit kaum mehr statt, beklagte jüngst der linke Sozialwissenschaftler Rainer Roth in einem Interview. Denn der »regierungsseitige, mediale und private Druck auf Lockdown-Gegner« sei immens. Doch könne es eine Wissenschaft ohne Widerspruch und ohne streitende Ansichten insbesondere für MarxistInnen nicht geben, so Roth. Er lobt dabei den »Zweifel als Erkenntnismaxime«, denn jedem Erkenntnisfortschritt wohne die Negation inne.

Leider waren die letzten Monate hierzulande eben nicht geprägt von einem evidenzbasierten, widerspruchreichen Ringen um wissenschaftliche Erkenntnisse und auch nicht von pluralistischen, journalistischen Streitgesprächen um die Verhältnismäßigkeit staatlicher Grundrechtseinschränkungen. Ganz im Gegenteil!

Wenn jedoch das gemeinsame Gespräch und die kollektive Suche nach einem Konsens über grundlegende Fakten erstickt oder gar behindert wird, wachsen Hass und vermutlich auch Gewalt. Eine notwendige Kapitalismuskritik, die auch die aktuellen totalitären Tendenzen einschließt, muss wohl derzeit vor allem (wieder) Brücken bauen, um gemeinsame Diskussionen um solidarische Zukunftsmodelle voranbringen zu können.

Mitmacher*innen gesucht!

Wir von der CONTRASTE sind immer auf der Suche nach Menschen, die sich vorstellen können, regelmäßig Artikel zu schreiben, zu redigieren oder einzelne Seiten und/oder Schwerpunkte zu planen.

Wir freuen uns aber auch über Redakteur*innen zu bestimmten Themen, etwa Klimawandel oder Degrowth, was nicht bedeuten muss, selbst zu schreiben, sondern im Blick zu haben, was aktuelle, berichtenswerte Themen oder Ereignisse sind und wer für Beiträge darüber angefragt werden könnte.

Arbeit für die CONTRASTE ist ehrenamtlich, bietet aber die Möglichkeit, Informationen über interessante Projekte zu verbreiten, kritische Diskussionen anzuregen und journalistische Erfahrung zu sammeln. Wir treffen uns zwei Mal pro Jahr zu gemeinsamen Plena und kommunizieren ansonsten per Mail und Telefon.

Bei Interesse meldet euch unter **koordination@contraste.org**

AKTIONSTAGE FÜR EINE MOBILITÄTSWENDE

Versammlungsrecht als Glücksspiel

Über 70 lokale und regionale Aktionen - das war das Verkehrswendewochenende vom 4. bis 6. Juni. Vorausgegangen war ein erbitterter Streit um Raddemos auf Autobahnen und großen Bundesstraßen - mit bemerkenswerten Ergebnissen.

JÖRG BERGSTEDT,
PROJEKTWERKSTAAT REISKIRCHEN-SAASEN

Die absurdeste Entwicklung erlebten wohl Klimaaktivist*innen aus Lüneburg. Diese wollten auf der A39 Richtung Hamburg mit vielen Fahrrädern demonstrieren, doch die Versammlungsbehörde verbot deren Nutzung. Als Ersatz bot sie die als Stadtautobahn ausgebaute Osttangente an. Wenige Monate vorher hatte sie eine ähnliche Demo dort noch verboten - zu gefährlich. Auch andernorts reiht sich groteske Demoverbote und Gerichtsentscheidungen aneinander. Das Verkehrswendewochenende vom 4. bis 6. Juni 2021 war ein Lackmustrast für die Versammlungsfreiheit in Deutschland. Das Ergebnis fiel sehr unterschiedlich aus und reichte von totalen Verboten bis zu hochrangigen Gerichtsentscheidungen für die Versammlungsfreiheit.

Bemerkenswert fällt ein Vergleich zwischen den benachbarten Bundesländern Hessen und Niedersachsen aus. Im nördlicheren Bundesland wurden alle angemeldeten Raddemos auf Autobahnen und viele auf großen Bundesstraßen verboten und auf kleine Nebenstraßen verlegt. In einem Fall sollte sogar der Radweg statt der Straße benutzt werden - mit mehreren Hundert Teilnehmer*innen. Das geschah zunächst auch in Hessen, so dass überall Gerichte entscheiden mussten. Die entschieden dann sehr unterschiedlich. Die Demos auf A49, A66 und sogar die große A7 konnten in Hessen am Ende stattfinden. Letztere zwar erst durch Beschluss in der zweiten Instanz, aber damit als starkes Signal für das ganze Bundesland.

In Niedersachsen bestätigten alle Verwaltungsgerichte die Verbote, Autobahnen zu nutzen. Nur manche Bundesstraßenverbote wurden aufgehoben, darunter die Durchfahrt durch den Wesertunnel. Hauptbegründung



▲ Presseerklärung der Raddemo auf der Autobahn A281 (nordwestliche Eckverbindung zwischen den vorhandenen Bundesautobahnen A1 und A27 auf bremischem Stadtgebiet) am 5. Juni 2021

Foto: Johann Bergmann

war ein Beschluss des Oberverwaltungsgerichts in Lüneburg aus dem Jahr 1994, welcher Demos auf Autobahn grundsätzlich ausgeschlossen hatte. Die Braunschweiger Initiative wollte das nicht auf sich sitzen lassen und zog auch diesmal wieder vor genau dieses Gericht. Und das erklärte, die Entscheidung von 1994 sei nicht mehr gerechtfertigt - und hob sie auf. Die Folge: Alle Verbote fußten auf einem Beschluss, der nicht mehr existierte. Doch Rechtsprechung folgt eigenen Logiken. Da die Verbote ausgesprochen waren, galten sie weiter, auch wenn die Grundlage verschwunden war. Also dachten die Organisator*innen aus Braunschweig, dass nur eine erneute Anmeldung helfen könnte. Da das OVG gesagt hatte, dass im Einzelfall je nach Verkehrslage entschieden werden müsse, suchten sie ein Autobahnstück

aus, welches leicht zu umfahren und wenig befahren war. Doch sie hatten keinen Erfolg. Die Polizei, mangels erreichbarer Versammlungsbehörden zuständig, verbot die Versammlung erneut mit der Behauptung, so kurzfristig nicht genügend Personal zu haben, um die Auffahrten sperren und die Demo schützen zu können. Wie die deshalb neben der Autobahn verlaufende Demo später beobachten konnte, war die Polizei sehr wohl gut aufgestellt. Alle Auffahrten waren gesperrt und gut bewacht - damit keine Radelnden auf die Autobahn gelangen konnte. Ob mit derartigen Tricks das totale Autobahnverbot aufrechterhalten werden durfte, muss nun wieder ein Gericht überprüfen, denn der geprellte Anmelde reichte eine Überprüfungsklage ein.


Viele der Verbotsverfügungen für Autobahnen, die auch die A8,

die A33 und weitere Abschnitte der A39 betrafen, wiesen erstaunliche Ähnlichkeiten aus. So stand in mehreren der Texte, dass die Raddemos zu Unfällen auf der Gegenfahrbahn führen würden, weil Gaffer abgelenkt würden. Hier müssen Menschen also auf ein Grundrecht verzichten, weil andere sich nicht an Verkehrsregeln halten. Kopfschütteln löste auch das Verbot einer vom BUND-Kreisverband Gifhorn angemeldeten Demo nahe des VW-Werkes aus. Dass dieser Konzern ungestört produzieren könne, sei wichtiger als ein Grundrecht. Das Verwaltungsgericht Braunschweig fügte an, dass das Grundrecht auf Berufsfreiheit für VW gelten würde. Denn der Artikel 12 garantiert die freie Berufswahl für die einzelnen Menschen, ist also eher ein Schutz vor Konzernmacht. Eine verfassungsgerichtliche Überprüfung all dieser

und vieler weiterer, unfassbarer Fußtritte gegen das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit war allerdings nirgends möglich. Denn zu den Tricks der Versammlungs(verhinderungs)behörden gehörte auch, die Verbote und Auflagen so spät auszusprechen, dass ein Gang durch alle Instanzen nicht mehr möglich war. Die richtige Antwort darauf boten zwei Aktivist*innen über der A8 nahe Stuttgart. Sie seilten sich von einer Brücke über der Fahrbahn ab - und schon klappte, was Versammlungsbehörden und Polizei für die Raddemos für unmöglich hielt: Die Autobahn wurde gesperrt, über zwei Stunden lang. Wer das Grundrecht mit Füßen tritt, muss sich nicht wundern, wenn die Menschen handeln, ohne den zu fragen, der das tritt.

Lest dazu auch den Artikel auf Seite 13.

ANZEIGE



Solidarisch gegen Klassismus
organisieren, intervenieren, umverteilen

Francis Seeck & Brigitte Theißl (Hg.)


3. Aufl. | 280 Seiten | 16 €
ISBN 978-3-89771-296-6

Für eine konkrete anti-klassistische Praxis

Der erste deutschsprachige Sammelband zum Thema Klassismus - nach nur sechs Monaten bereits in dritter Auflage!

»Ein Buch wie dieses habe ich noch nie gelesen. Und ich wusste auch nicht, wie gut es mir tun würde, so ein Buch zu lesen.«
Ingrid Strobl

UNRAST – Neuerscheinungen



Die Klimakrise und der Global Green New Deal


Noam Chomsky & Robert Pollin

Die politische Ökonomie zur Rettung unseres Planeten

152 Seiten | 14 €
ISBN 978-3-89771-298-0

Radikale Realpolitik zur Rettung des Planeten

In ihrem neuen Buch zeichnen der weltweit bekannte linke Intellektuelle Noam Chomsky und der renommierte Wirtschaftswissenschaftler Robert Pollin einen radikalen und doch realistischen Ausweg aus diesem Dilemma: einen globalen Green New Deal.




Für eine feministische Internationale
Wie wir alles verändern

Verónica Gago

288 Seiten | 18 €
ISBN 978-3-89771-335-2

Von #NiUnaMenos zum internationalen Frauen*streik – ein ermächtigendes feministisches Konzept

Auf der ganzen Welt haben in den letzten Jahren große feministische Mobilisierungen die patriarchalen gesellschaftlichen Verhältnisse und repressive Gesetzgebungen ins Wanken gebracht. Verónica Gago, eine der wichtigsten Vertreterinnen der lateinamerikanischen Frauenbewegung, entwirft in diesem Buch ein radikales Konzept feministischer Handlungsmacht (»potencia«) und eine neue Theorie, die den brennenden Wunsch widerspiegelt, wirklich alles grundlegend zu verändern.




Writings on the Wall
Communiqués 2012-2020

CrimethInc.

348 Seiten | 18 €
ISBN 978-3-89771-284-3

Spannende Mischung aus politischer Theorie und subkultureller Geschichte

Writings on the Wall - der 2. Band der Crimethinc-Communiqués - ist nicht nur politische Theorie und subkulturelle Bewegungsgeschichte, sondern auch die Einladung, eine lebendige anschlussfähige anarchistische Praxis zu entwickeln. Das Autor*innenkollektiv CrimethInc. ist eine Allianz von Rebell*innen - ein dezentrales Netzwerk aus den USA, das sich dem Ausbruch aus den Gefängnissen unserer Zeit verpflichtet hat und danach strebt, die Welt nach den Prinzipien der Selbstbestimmung und der gegenseitigen Hilfe neu zu erfinden.



Klimagerechtigkeit

Elias König

Warum wir eine sozial-ökologische Revolution brauchen

128 Seiten | 12,80 €
ISBN 978-3-89771-088-7

Das ganze Programm online : www.unrast-verlag.de

Es keimt eine Gemeinschaft

Vor einem Jahr trafen wir uns in einem spätsommerlichen Garten zwischen reifem Gemüse und mit einem großen Plan. Eine Woche gemeinsames Wandern lag vor uns. Unser Ziel war die Fuchsmühle in Waldkappel und uns begleitete die Frage, ob wir gemeinsam wenige Wochen später dort eine Gemeinschaft gründen wollen. Mit im Gepäck waren viele Visionen, Tatkraft, Neugier aufeinander und vor allem viele Fragen. Und während wir durch das Frau-Holle-Land stapften, kamen wir uns auch etwas verrückt und manchmal sogar vor wie in einem Märchen.

HANNAH ELSHORST, FUCHSMÜHLE

Seit dem 1. Oktober leben wir, 13 Menschen aus unterschiedlichen Kontexten, nun in der schönen Fuchsmühle am Rande der Kleinstadt Waldkappel, in der Mitte Deutschlands. Als junge Menschen, die sich der globalen Krisen und Herausforderungen unserer Zeit bewusst sind, kommen wir unter einer großen Vision zusammen: Wir wollen partizipative und solidarische Strukturen in einer Region aufbauen, die einen Systemwandel von unten unterstützen, und resiliente Netze an Gemeinschaftlichkeit schaffen, die sich an den Mustern des Commoning orientieren – eine Region im Wandel.

Oktober 2020 bis Februar 2021 war für uns ein »Prototyp«: ein intentioneller Zeitraum, in dem wir uns erproben konnten, gemeinschaftlich zu leben und zu arbeiten, verschiedene Bereiche ganzheitlicher Transformation zu erforschen und die rechtlichen und finanziellen Bedingungen für den Kauf der Fuchsmühle zu schaffen.

Für letzteres haben wir eine Genossenschaft gegründet, die unseren rechtlichen Rahmen bildet. Mit ihr können wir langfristig noch mehr Häuser kaufen, wenn andere Gemeinschaften Lust haben, in die Region zu ziehen und Teil der Vision zu werden, sowie land- und forstwirtschaftliche Felder und Gebäude zu erwerben, in

denen Menschen selbstbestimmt und bedürfnisorientiert tätig sein können. Für die Genossenschaft haben wir ein erfolgreiches Crowdfunding veranstaltet, um die Fuchsmühle, als unsere erste Keimzelle in der Region, vor allem durch Genossenschaftsanteile zu finanzieren.

Wir haben auch den Verein »Region im Wandel« gegründet, als Rechtsgrundlage für unsere gemeinnützige Arbeit und Projekte hier vor Ort. Der Verein orientiert sich an den Organisationsprinzipien der Soziokratie und soll dezentral für viele Menschen und Projekte sehr unterschiedlicher Art eine Rechtsstruktur sein, in der gemeinsam zu dem guten Leben für alle beigetragen wird.

Denn so schön diese Region auch ist, gilt sie offiziell als »strukturschwach«, was wir als Chance sehen, neue und benötigte Strukturen aufzubauen, die nach anderen Selbstverständlichkeiten funktionieren als die des derzeitigen kapitalistischen Systems.

In unserer Theorie des Wandels brauchen wir einen ganzheitlichen Ansatz für Veränderungen. Deshalb adressieren wir in unserem Tun unterschiedliche Ebenen: ökologisch, ökonomisch, sozial und kulturell. Wir wollen Keimlinge alternativer Systeme schaffen, die sich miteinander verbinden und autonome, belastbare und solidarische Netze spinnen können. In unserer Vision kann so eine Region der Gemeinschaftlichkeit und Unterstützung entstehen, in der viele Menschen auf ihre eigene Weise Teil sein können, ohne gleich Teil einer Kommune werden zu müssen.

Bis jetzt lernen wir immer mehr Menschen aus Waldkappel kennen, verbinden uns mit verschiedenen Akteur*innen aus der Region und starten unsere ersten Projekte: Einen »Allmende-Wald«, in dem Bürger*innen an der Wiederherstellung des Waldes mitwirken können, der sie umgibt; Beteiligungsprozesse innerhalb des Dorfes; die Öffnung der Mühle als freien Raum



▲ Wandelwanderung durchs »Frau Holle Land«

Foto: Felix Bruns

für Menschen, die sich treffen möchten und für geplante Veranstaltungen und Bildungskurse; eine Lebensmittel-Coop, welche viele Menschen mit lokalen, biologischen und emissionsarm transportierten Lebensmitteln versorgen kann. Andere Gruppen haben bereits Interesse an einem Beitritt zu unserem Projekt gezeigt, nachdem sich schon eine weitere kleine Gemeinschaft hier niedergelassen hat, und wir suchen aktiv nach weiteren Häusern und Räumen, damit mehr Menschen in die Region ziehen können.

Wir glauben nicht, dass die Selbstverständlichkeiten, die in »Halbinseln

gegen den Strom« erprobt und aufgebaut werden, von selbst einen Systemwandel herbeiführen. Wir halten neben dem Aufbau neuer Strukturen und der Überwindung von patriarchalen Mustern in uns und unserer Kultur aktiven Widerstand für essentiell für einen Wandel. Deswegen begreifen wir uns als Teil einer größeren Bewegung, die an unterschiedlichen Stellen mit diversen Perspektiven im Schlamassel des Spät patriarchats steckt und ganz fantastisch vielfältige Antworten darauf findet. Mit unserem Ort wollen wir auch sozialen Bewegungen ein Zuhause geben und siche-

re Räume, Wohnorte und Versorgungsstrukturen für im Widerstand aktive Menschen bereitstellen.

Unterstützt werden wir von verschiedenen Akteur*innen und Netzwerken der Ökodorf- und Solidarwirtschaftsbewegung, was für uns bis jetzt unglaublich wertvoll war. Wir freuen uns auf die nächsten Schritte auf unserem Weg zu einer regenerativen, selbstorganisierten Region im Wandel, auf die Menschen, die wir treffen und die Erfahrungen, die wir auf diesem Weg machen werden.

Link: <https://fuchsmühle.org>

KOLLEKTIVE BERATUNGSSCHNIPSEL

AG
Beratung

...auf das Kleingedruckte kommt es an

Am Anfang der AGBeratung stand der RGW - der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, eine Berliner Beratungsstelle, die seit 25 Jahren kollektive Projekte aller Art berät. Über die Jahre wurden die Mitglieder des RGW weniger und älter. Das angesammelte Wissen sollte aber nicht verloren gehen und so wurde Nachwuchs gesucht. Das neue Beratungskollektiv entwickelt seine eigene Struktur und Arbeitsweise, kann dabei aber aus dem Erfahrungspool 25-jähriger Beratungsarbeit schöpfen. Diese Kolumne erzählt Geschichten aus dem Beratungsalltag.

www.agberatung-berlin.org

Dein Mikro ist noch stumm

Die digitale Kommunikation ist auch nach einem Jahr Übung immer noch mehr als holprig und die Technik oft unzuverlässig: Sätze kommen nur abgehakt an, die Mimik friert ein oder mensch fliegt plötzlich mitten in der Diskussion raus. Und klappt dann doch mal alles, sind trotzdem die Gesichter unscharf und die Bildchen so klein, dass Mimik, Gesten und Körpersprache fast vollständig wegfallen. So entstehen Lücken in der Kommunikation, die mit Geduld und Mut zur Interpretation gefüllt werden müssen. Das alles ist mühsam, wird mit der Zeit nicht weniger anstrengend und bringt auch nicht mehr Spaß; statt dass wir uns daran gewöhnen, ermüden wir.

Und so verändert sich unser Kommunikationsverhalten: Weil Online-Treffen anstrengend sind, versuchen wir, sie so kurz wie möglich zu halten. Die Gespräche werden gestrafft, sie werden mehr und mehr auf das Nötige reduziert. Nur was ist das Nötige?

Das Wichtigste soll schnell gesagt werden, bevor wieder ein technischer Schluckauf dazwischen kommt. Wer nicht muss, sagt

nichts. Wer nicht spricht, schaltet das Mikro stumm und spart sich die kleinen Zwischenbemerkungen. Klönen, quatschen und blödeln fällt unter den Tisch. Nach den Treffen sitzen wir auch nicht mehr zusammen, räumen nicht mehr zusammen auf und gehen nicht mehr miteinander zur Bahn. Wir klicken einmal und weg sind wir.

Positiv betrachtet werden die Gespräche dadurch effizienter: Wir pressen mehr Informationen in kürzere Zeit. Diskussionen fallen kürzer aus oder ganz weg. Und die Treffen passen leichter in unsere vollen Terminkalender. Der Aufwand für die Treffen ist so gesehen geringer, das Sich-einlassen allerdings oft auch. Die Beteiligung an Treffen bröckelt, es wird mehr geschwiegen. Emotionale, aufgeladene oder Grundsatz-Themen werden auf rare, lang geplante und dann doch wieder abgesagte Präsenztreffen verschoben und weiter geschoben.

Effektiv ist das für soziale Zusammenhänge nur scheinbar. Bei der Reduktion auf das vermeintlich Nötige droht genau das wegzufallen, was unsere kollektiven Zusam-

menhänge nährt: Der persönliche Kontakt und die Wärme – ob sie nun durch gemeinsames Lachen oder durch Reibung entsteht. Wir tauschen uns weniger aus und bekommen uns weniger gegenseitig mit.

Das macht etwas mit unseren Kollektiven: Irgendwann merken wir, dass uns das »Gefühl« füreinander fehlt. Kleinigkeiten missverstehen wir, und diese Missverständnisse bekommen mehr Gewicht. Wir sind auf einmal unsicher, wie etwas gemeint ist, leichter irritiert und gleichzeitig haben wir mehr Hemmungen, etwas anzusprechen. Der Raum für »Filme« wird größer und es fehlt das Beisammensein als Gegengewicht. Dabei geht es zum einen um Zeit, etwas ausführlich besprechen zu können, vor allem aber darum, dass wir uns begegnen und uns mitbekommen.

Es ist etwas ganz anderes, über Pixel vermittelt oder körperlich anwesend zu kommunizieren. Über das Digitale bleibt meist ein Abstand, in dem sich Spannungen auf- bzw. nicht wieder abbauen. Dazu fehlt es, miteinander in einem Raum zu sein, sich in die

Augen gucken zu können und sich körperlich mitzubekommen. Wer kennt es nicht: Über Tage oder Wochen ziehen sich Konflikte zu wie Wolkendecken und lösen sich plötzlich wie magisch wieder auf, sobald wir uns einmal wirklich begegnet sind und uns angelacht oder einfach nur zugewandt haben.

Um das »Gefühl« füreinander nicht zu verlieren, brauchen wir Begegnungen. Für Verständnis und Vertrauen brauchen wir Räume, in denen das Neben-Sächliche Platz hat. Manchmal können Online-Treffen ohne Agenda oder Telefongespräche und gemeinsame Spaziergänge außer der Reihe etwas davon auffangen. Hoffentlich bietet uns endlich auch der Sommer wieder mehr Zeit und Gelegenheiten, uns real zu treffen.

Kollektive bieten so viel mehr als effektive Zusammenarbeit. Sie können Orte für Austausch, Begegnung und Fürsorge sein – gerade in angespannten Zeiten. Lasst uns kreative Wege finden, das nicht aus den Augen zu verlieren und es nicht zu unterschätzen.

Anna

VENEZUELA

Radeln als kollektive Antwort auf das Dieselembargo

Aus Venezuela dringen in den letzten Jahren selten positive Nachrichten nach Europa. Doch die Genossenschafter*innen von Cecosesola lassen sich bis heute nicht unterkriegen und bauen in ihrem seit über 50 Jahren währenden kollektiven Prozess weiterhin an jener hierarchiefreien Zukunft, die sie sich wünschen. Nun stehen sie vor einer neuen Herausforderung.

KATHRIN SAMSTAG, GEORG RATH, FARINA REGN
FÜR CECOSESOLA

Der von Hugo Chávez als Nachfolger bestimmte Nicolás Maduro wurde 2013 zum venezolanischen Staatspräsidenten gewählt. 2019 erklärte sich der damalige Parlamentspräsident Juan Guaidó zum Interimspräsidenten und wurde von den USA, der EU (und zusätzlich einzelnen EU-Staaten) sowie einigen weiteren Ländern als neuer Präsident anerkannt. An der Macht ist er bis heute nicht und »während die Elefanten kämpfen, leidet das Gras«. Die Bevölkerung hat seit Jahren mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch des Landes zu kämpfen. Es mangelt in fast allen Bereichen: Nahrungsmittel, Gesundheitsversorgung, Ersatzteile, Trinkwasser, Strom und vielem mehr. Rund 3,7 Millionen Menschen verließen Venezuela in den letzten Jahren, da zwischen Korruption, Wirtschaftsembargos, Misswirtschaft und Währungszusammenbruch kein Ausweg in Sicht ist.

Cecosesola hat derweil rund um die Millionenstadt Barquisimeto im zentralwestlichen Bundesstaat Lara ein weit verzweigtes Netz aus Kooperativen geknüpft. 2017 versorgten sie auf eigenen Märkten wöchentlich 100.000 Familien mit Lebensmitteln und weiteren Produkten des täglichen Bedarfs – insgesamt 10.000 Tonnen im Monat. Alleine an Obst und Gemüse wurden 600 Tonnen pro Woche vor allem aus den eigenen Produktionskooperativen verkauft. Im 2008 eröffneten Gesundheitszentrum CICS, das ein kleines Krankenhaus mit vielfältigen Therapieangeboten ist, und bei dezentralen Sprechstunden wurden 220.000 Menschen medizinisch versorgt. Im Sparkassen-, Krankenkassen- und Bestattungssystem sind jeweils ebenfalls zehntausende Familien beteiligt.

Jede neue Etappe in der venezolanischen Krise stellt CECOSESOLA vor ungeahnte Herausforderungen und zwingt zur eigenen Neuerung. Die mehr als 1.000 gleichberechtigten Genossenschafter*innen, die ihren Lebensunterhalt in den diversen Strukturen des Netzwerks erwirtschaften, diskutieren alle größeren Probleme auf den verschiedenen regelmäßigen Plena und finden gemeinsam eine für sie in der jeweiligen Situation passende Lösung: Särgen werden wegen des Metallmangels nun aus Holz gefertigt, die endlosen Warteschlangen vor den Märkten werden inzwischen per Chipkarte und zufälliger Vergabe von Wartenummern organisiert, der Saatguteinkauf wurde zwischen allen landwirtschaftlichen Produktionskooperativen kollektiv organisiert, Besitzer*innen privater Autos, die zur kollektiven Nutzung zur Verfügung gestellt werden, profitieren von kollektiver Ersatzteilbesorgung.

Völkerrechtswidrige Sanktionen

Seit einigen Monaten zeichnet sich nun eine nächste Herausforderung ab: In Venezuela, dem Land mit den größten Erdölvorkommen weltweit, wird der Treibstoff knapp. Die eigene Produktion ist unter Misswirtschaft und Ersatzteilmangel zusammengebrochen. Bis Anfang November 2020



▲ Für das Gute Leben: Cecosesola organisiert inzwischen einmal im Monat eine Fahrradtour quer durch Barquisimeto.

Foto: Cecosesola

hatten die USA trotz Wirtschaftssanktionen noch toleriert, dass die venezolanische Regierung mit multinationalen Unternehmen Rohöl gegen Diesel tauscht. Wenige Tage vor den US-Präsidentenwahlen verbot die Trump-Administration diese Versorgungsmöglichkeit. Die Lage im Land spitzt sich täglich zu. Transporte von Personen und Waren sowie Notstromversorgung sind zunehmend unmöglich. Die Sanktionen treffen eindeutig die gesamte Bevölkerung und müssten als völkerrechtswidrig eingestuft und sofort beendet werden.

Noch ist allerdings kein Ende des Embargos in Sicht und auch bei Cecosesola herrscht große Sorge. Ohne Diesel können die landwirtschaftlichen Produkte nicht mit LKW vom Land in die Stadt gebracht werden. Es besteht die Gefahr, dass die kommenden Ernten auf den Feldern vergammeln. Die meisten Produktionsstandorte sind viele Stunden Fahrt von Barquisimeto entfernt, was alternative Transportmöglichkeiten erschwert. Und selbst wenn Obst und Gemüse die Stadt erreichen, funktionieren ohne (Not-) Strom weder Licht noch Kassen und Computer – von medizinischen Geräten ganz zu schweigen. Trotz dieser sehr angespannten Lage bleiben die Compañer@s einem ihrer Grundprinzipien treu: keine Zeit und Energie auf politische Machtspiele zu verwenden; sich gar nicht erst abzugeben mit jenen Kräften, die Sanktionen verhängen oder Gesellschaft von oben gestalten wollen. Lieber bauen sie von unten weiter an Strukturen, die die Grundfesten des Kapitalismus ins Wanken bringen und bei denen nicht Wachstum und Gewinne, sondern die Menschen und ihre Grundbedürfnisse im Zentrum stehen. Ihre Organisation ohne Chefinnen und Chefs legt die Verantwortung fürs Ergebnis in die Hände aller. Viel Vertrauen sowie kreative und praktische Fähigkeiten sind so über die Jahre gewachsen. Für manche war das doch nicht der passende »Job« und sie haben Cecosesola wieder verlassen. Jene, die über die Jahre und Jahrzehnte geblieben sind, gestalten tagtäglich einen beeindruckenden Prozess persönlicher, kollektiver und gesellschaftlicher Transformation.

Stand Juni 2021 müssen schon sehr große Anstrengungen unternommen werden, um eine sich an Prioritäten orientierende Teilversorgung sicherzustellen. Dazu haben die Compañer@s Kontakt mit amtlichen Stellen in verschiedenen Nachbarbundesstaaten aufgenommen, welche die Verteilung des knappen Kraftstoffes regulieren. Bislang kann auf diese Weise zumindest die Hälfte der wöchentlich benötigten Dieselmenge aufgetrieben werden.

Räder gelten als Spielzeug

Um der Treibstoffknappheit zu begegnen, geht Cecosesola zusätzlich nun einen eigenen und vor Ort sehr ungewöhnlichen Weg. Die Genossenschafter*innen setzen auf die vermehrte Nutzung von Fahrrädern. In einem Land, in dem die Tankfüllung fürs Auto lange Zeit weniger als eine Flasche Wasser kostete, führen Erwachsene im Alltag nicht Fahrrad. Räder gelten in Venezuela als Kinderspielzeug oder Sportgeräte. In Barquisimeto setzte bereits vor eineinhalb Jahren ein Umdenken ein. Nach dem Besuch zweier Genossenschafter*innen bei kollektiven Projekten in Deutschland, bei denen eigentlich alternative Gesundheits- und Bildungsstrukturen im Fokus waren, erwiesen sich die Straßen als die inspirierendsten Orte. Einerseits begeisterte damals im Sommer 2019 die »Fridays for future«-Bewegung, doch auch im Alltag waren die Compañer@s von all den jungen und alten Menschen fasziniert, die überall mit Rädern unterwegs waren. Zunächst schien das Fahrrad eine gute Alternative zum Auto zu sein, für das chronisch kaum mehr Ersatzteile in Venezuela zu bekommen sind, und nebenbei konnte etwas für den Klimaschutz getan werden.

Gleich nach der Rückkehr nach Venezuela wurden erste Fahrradkurse organisiert und Räder repariert. Bei den Märkten entstanden Fahrradparkplätze und durch gemeinsame Radausflüge wurden mehr und mehr neue Radfahrer*innen gewonnen. So gibt es mittlerweile jeden letzten Sonntag im Monat eine Fahrradtour

quer durch Barquisimeto. Anfangs, vor 19 Monaten, waren es acht, jetzt ist die Gruppe bereits auf rund 70 Compañer@s angewachsen. Auch in von Corona geprägten Zeiten haben die Genossenschafter*innen von Cecosesola dies ohne Unterbrechung weitergeführt. Sie nennen das heute: »Eine Radtour für das Gute Leben«. Es sind also Ausflüge, an denen die gesamte Familie teilhaben kann und bei denen sich alle am Tempo der Kinder als Maßstab orientieren.

Am Ende jeden Ausflugs gibt es Obst und Wasser als Erfrischung. Meist ist der Zielpunkt einer der öffentlichen Plätze der Stadt, den die Teilnehmenden dann mit Besen und Rechen etwas sauberer machen. Den Schlusspunkt bilden kooperative Spiele für die ganze Familie. Außerdem werden seit April Aufnäher auf den Sicherheitswesten angebracht, auf denen geeignete Radfahrwege für die Stadt Barquisimeto gefordert werden, die es aktuell dort überhaupt nicht gibt.

Um die Drahtesel auch instand zu halten, werfen alle Beteiligten monatlich einen kleinen Beitrag in eine kollektive Kasse. In der Kooperative El Triunfo, die selbst auch einen der kleineren Wochenmärkte organisiert und Teil des Cecosesola-Netzwerks ist, wurden vor vier Wochen 30 Fahrräder gekauft, welche nun den Compañer@s dort zur Verfügung gestellt werden, um von ihren Wohnungen zum Wochenmarkt und wieder zurück zu kommen.

Dies hat dazu geführt, dass wöchentlich 120 Liter Diesel weniger benötigt werden. So schaffen es die Cooperativistas, eines der angemieteten Fahrzeuge für den Personentransport einzusparen. Die freiwerdenden 120 Liter Diesel werden dann dem Gesamtvolumen an Treibstoff zugeführt. Das ist zwar keine allumfassende Lösung, aber es kommt durch solche Initiativen zu Synergie-Effekten, die auch in anderen Prozessen von Cecosesola motivierend wirken.

Keine Energie in Lobbyismus

Da auch in der aktuell sich zuspitzenden Lage keine Energie in Lobbyis-

mus gegen die Sanktionen gesteckt werden soll, ist der weitere Ausbau der Fahrradflotte die beste Lösung, um länger mobil zu bleiben. Radelnd wird nun jeder Tropfen Treibstoff für wichtige Transporte gespart. Nebenbei zeichnen sich viele andere Vorteile dieser Lösung aus der Not heraus ab: Menschen riskieren weniger Ansteckung mit Covid-19 als bei gemeinsamen Fahrten; generell ist die sportliche Fortbewegungsart gut für Kreislauf und Gesundheit; außerdem wird Zeit gespart, weil weniger Autos stunden- und tagelang vor Tankstellen warten müssen und Autoreparaturen sowie die Beschaffung von Ersatzteilen teilweise entfallen können. Wie lange die Notlösung erhalten muss und ob damit tatsächlich alle wichtigen Transporte der nächsten Wochen und vielleicht sogar Monate bewältigt werden können, ist derzeit nicht absehbar. Es bleibt zu hoffen, dass die Gestaltungskraft und Ausdauer bei Cecosesola groß genug sind, um auch diese Krise zu überstehen.

Online findet sich ein untertitelter Kurzfilm, der die Geschichte und das Wirken von Cecosesola zusammenfasst. Link: <https://cecosesola.org/acerca-de>

Weitere Beispiele für ihre Selbstorganisation zeigen die Genossenschafter*inne in ihrem Film »Reinventándonos« auf Youtube.

ANZEIGE

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!

Zapatistischer Kaffee & Espresso
Solidarischer Handel mit aufständischen indigenen Gemeinden in Chiapas - Mexiko

Café Libertad Kollektiv eG
Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg
Telefon: 040-20906892 * Fax: -93
www.cafe-libertad.de * cafe-libertad@gmx.de

SELBSTVERWALTUNG IN DER SOZIALEN REVOLUTION IN SPANIEN

» Wir wollen nicht nur eine Fabrik - wir wollen die ganze Infrastruktur! «

Dieses Jahr gibt es ein Doppeljubiläum für die (anarchistische) Bewegung zu feiern - die Pariser Commune jährt sich zum 150. Mal und die soziale Revolution in Spanien wird 85. Beide Ereignisse sind eng mit der anarchistischen Bewegung verbunden und haben die Theoriebildung bezüglich Staatstheorie und Gesellschaftsorganisation maßgeblich bestimmt.

MAURICE SCHUHMAN, BERLIN

Der Ausbruch beider Revolutionen scheint der anarchistischen Fixierung auf die Spontanität der Massen, die bereits im Werk des russischen Anarchisten Michail Bakunin an prominenter Stelle zu finden ist, recht zu geben. Gleichzeitig sind beide Ereignisse auch klassische Zankäpfel der verfeindeten Brüder gewesen - Anarchismus und Staatskommunismus. Streitet man sich bezüglich der Pariser Commune über die Deutungshoheit - anarchistische Gesellschaftsorganisation oder prototypische »Diktatur des Proletariats« - geht es bei den Ereignissen in Spanien um die Frage, ob die Revolution bis nach dem Krieg warten könne oder nicht. Es ist hier aber nicht der Ort, um die alten Grabenkämpfe noch ein weiteres Mal aufzuwärmen und zu reproduzieren. Vielmehr erscheint es mir von Interesse zu sein, welche Bedeutung jene Ereignisse für das Konzept und die Umsetzung von Selbstverwaltung und Arbeiter*innenkontrolle haben.

Selbstverwaltung post-1968 verbindet man in Europa wohl höchstens noch mit vereinzelt Fabrikbesetzungen mit selbstorganisierter Betriebsfortführung (z.B. Lip in Besançon; die französische Teemarie 1336 / Scop Ti südlich von Marseille) oder auch den klassischen Kollektivbetrieben wie Kneipen, Ökoläden oder Fahrradwerkstätten. Das sind sicherlich an sich gute und wichtige Projekte, aber können diese tatsächlich größeren Bevölkerungsteile die Angst vor einer Revolution und der Umwandlung lebenswichtiger Zweige nehmen? Wahrscheinlich nicht. Selbst ich als Anhänger von Selbstverwaltung würde mich fürchten, wenn es jetzt zu einer Revolution in Deutschland käme. Für viele außerhalb unserer eigenen kleinen Filterblase wirken solche Projekte häufig lediglich uninteressant, befremdlich oder gar abstoßend. Das Potential dieser Projekte für eine gesellschaftliche Umwälzung scheint aktuell eher begrenzt zu sein.

Es muss kein Chaos eintreten

Dem gegenüber bieten aber die Commune in ihrer lediglich 72-tägigen



▲ Das linke Bündnis »Marée populaire« erinnert in den Straßen von Paris an die Pariser Kommune (Bild von 2018).

Foto: Jeanne Menjoulet / flickr.com (CC, Original in Farbe)

gen Existenz sowie die knapp ein Jahr andauernde soziale Revolution in Spanien wichtiges Anschauungsmaterial, wie eine Großstadt (Paris) oder ganze Teile eines Landes (republikanische Seite - vorrangig Katalonien) in Selbstverwaltung überführt werden können und von einer Mehrheit der ansässigen Bevölkerung gestützt werden - ohne, dass Chaos eintritt und lebenswichtige Infrastruktur in sich zusammenbricht. Einen anschaulichen Bericht davon lieferte der britische Schriftsteller George Orwell in »Mein Katalonien« bezüglich Barcelona, der damaligen »Bewegungshauptstadt«: »Die Arbeiter hatten sich praktisch jedes größeren Gebäudes bemächtigt und es mit roten Fahnen oder der rot und schwarzen Fahne der Anarchisten behängt. [...] Jeder Laden und jedes Café trugen eine Inschrift, dass sie kollektiviert worden seien. Man hat sogar die Schuhputzer kollektiviert und ihre Kästen rot und schwarz gestrichen.« Neben den städtischen Kollektivierungen - ein bewusst in Abgrenzung zu »Sozialisierung« gewählter Begriff - sind vor allem die Kollektivierungen im ländlichen Raum zu erwähnen. Laut Jörg Hallerbach gab es im Jahr 1937 bis zu 3.000 selbstverwaltete landwirtschaftliche Kollektive im republikanischen Teil von Spanien. Es war der Höhepunkt der Bewegung, die sowohl an internen Kämpfen zwischen den unterschiedlichen Lagern innerhalb des republikanischen Spektrums als auch an den Bedingungen des Krieges gegen den Faschismus zu Grunde ging.

Diese Kollektive unterschieden sich deutlich voneinander und bildeten eine große Spannweite von Formen der Selbstverwaltung ab, die eine nähere Betrachtung verdienen würden. Die ideologische Basis reichte dabei vom klassischen Anarchismus und Anarchosyndikalismus bis hin zum Sozialismus wie ihn die Gewerkschaft UGT vertrat. Einzelne Kollektive gingen soweit - ähnlich wie es aus einzelnen Kibbuzim bekannt ist - das Geld ganz abzuschaffen, um eine kommunistische Wirtschaftsweise zu verwirklichen. Es wurden viele Erfahrungen gesammelt, die für die Beteiligten prägend waren und über die Landesgrenzen hinaus Relevanz besitzen.

Eine wichtige Frage ist, wie es dazu kam, dass der Übergang von einer Privatwirtschaft zu einer Form der solidarischen Ökonomie in relativ kurzer Zeit und trotz erschwelter Bedingungen wie dem parallel geführten Krieg überführt werden konnte?

Der Anarchismus als Massenbewegung

Ein Grund liegt sicherlich in der Stärke der anarchistischen Bewegung in Spanien. Ihre Strukturen waren ein Stück weit eine Vorbereitung und Schule für den hier gelebten Kollektivismus gewesen. Der Spanienkenner Walther Bernecker schrieb über die Besonderheiten des spanischen Anarchismus in »Kollektivismus und Freiheit«: »Der Anarchismus in Spanien war eine Massenbewegung, die sich gegen die als Folge von industrieller Produktionsweise und zentraler Staatsgewalt sich abzeichnende Vermassung richtete und den einzelnen als Individuum ansprach - mit allen (auch kleinbürgerlichen) Implikationen, wie zum Beispiel dem aus moralisierenden Eifer hervorgegangenen Ehr- und Pflichtgefühl, vor allem aber der Solidarität als Prinzip der Gemeinschaft, als Ausdruck des gemeinschaftlichen Handelns des Menschen als Teil seiner Selbsterfüllung, als Individualverantwortung im freiwillig zustande gekommenen Kollektiv.«

Sicherlich muss aber auch die ökonomische Struktur Spaniens berücksichtigt werden. Ein stark agrarisch geprägtes Land weist eine andere Struktur und andere Abhängigkeitsverhältnisse auf als ein stärker industriell geprägtes Land. Vor diesem Hintergrund lässt sich natürlich die spanische Erfahrung nicht einfach auf andere Länder eins zu eins übertragen. Sie muss mit neueren Erfahrungen - zum Beispiel der Fabrikbesetzungen im Frankreich der 1970er Jahre - abgeglichen und ergänzt werden. Eine Frage, die sich stellt, ist daher, welche allgemeinen Lehren aus der sozialen Revolution in Spanien gezogen werden können - jenseits jeglicher Mythologisierung und Verklärung.

Fünf wichtige Lehren aus der spanischen Revolution

1. Eine soziale Revolution ist möglich und nicht nur eine weltfremde Utopie. Oder in den Worten des Zionisten Theodor Herzl ausgedrückt: »Wenn ihr wollt, bleibt es kein Traum.« Selbstverwaltung funktioniert, bei guter Organisation, nicht nur im kleinen Rahmen, sondern ist auch für die Gesellschaftsordnung von Städten, Landesteilen oder größeren Regionen generell möglich.
2. Spanien hat ein Stück weit die anarchistische Revolutionstheorie - mit ihrem Fokus auf den Voluntarismus - bestätigt und die marxistische in ihre Schranken verwiesen. Der Wille (zur Veränderung) ist entscheidend.
3. Fertigkeiten und selbstverwaltete Umgangsformen müssen frühzeitig erlernt und im kleineren Rahmen erprobt werden, um im Falle einer revolutionären Situation auch die (kritische) Infrastruktur übernehmen zu können. Ohne einen gewissen Erfahrungshorizont erscheint diese Vision unmöglich zu sein. Die zunehmende Komplexität unserer (post-)modernen Gesellschaften macht es mehr denn je nötig. Das bedeutet auch, dass es nicht reicht, nur die kleinen Brötchen zu backen, sondern wir uns auch an andere Bereiche der gesellschaftlichen Strukturen heranwagen müssen, als nur kleine Tante Emma-Läden, Bars und Fahrradwerkstätten zu betreiben.
4. Es ist wichtig, dass eine Kultur der Selbstverwaltung gesellschaftlich verankert wird, das heißt Bestandteil der (Mainstream-)Kultur wird - und nicht nur als »freakige«, weltfremde Nischenszene existiert. Es kann uns nicht reichen, mit unseren Strukturen nur unsere kleine Szene zu bedienen. Es gilt, in die Gesellschaft zu wirken.
5. Das soziale Miteinander (inkl. einer Konfliktkultur) muss gelernt werden, da die zunehmende Individualisierung in unserer Gesellschaft uns vieler Fähigkeiten beraubt. Die Individualisierung - besser gesagt: die Atomisierung - arbeitet der

Verwirklichung dieser gesellschaftlichen Utopie entgegen. Der iberische Anarchosyndikalismus kann ein Stück weit rückblickend als »Schule« verstanden werden, in dem auch ein anderes, soziales Miteinander gelernt wurde.

Erfahrungen austauschen und diskutieren

Was heißt das nun für die Selbstverwaltung im deutschsprachigen Raum? Was können wir von den Erfahrungen - nicht nur der sozialen Revolution - gewinnen und in unsere Strukturen hinüberretten bzw. übernehmen? Ich denke, dass es Zeit wäre, unsere Kultur von Selbstverwaltung kritisch zu hinterfragen und einiges davon einer radikalen Revision zu unterziehen. Die CONTRASTE könnte - so wäre mein persönlicher Wunsch - ein Organ sein, wo diesbezügliche Diskussionen geführt werden und ein solidarischer Austausch über Erfahrungen stattfinden könnte, der jene historische Erfahrungen reflektiert und daraus lernt. Es sollte uns bei unseren selbstverwalteten Projekten nicht nur um eine kleine Wohlfühldecke in der Mainstreamgesellschaft gehen, wo wir veganen Latte Macchiato konsumieren und unsere (vermeintlich) alternative Identität gespiegelt bekommen, sondern um die Veränderung der (Gesamt-)Gesellschaft bzw. als Alternative zum bestehenden Mainstream - getreu den Worten des spanischen Anarchosyndikalisten Buenaventura Durruti: »Wir tragen eine neue Welt in unseren Herzen.«

Literaturhinweise:

Walther L. Bernecker / Jörg Hallerbach: Anarchismus als Alternative. Die Rolle der Anarchisten im Spanischen Bürgerkrieg, Karin Kramer Verlag Berlin (West) 1986.

Kollektivismus und Freiheit. Quellen zur Geschichte der Sozialen Revolution in Spanien 1936-1939, herausgegeben von Walther L. Bernecker, dtv München 1980.

George Orwell: Mein Katalonien, Diogenes Zürich 1975.

ANZEIGE

Deutschland und die Welt 16
Kolonialismus
Auch Deutschland hatte Kolonien. Der Widerstand der Einwohnerinnen und Einwohner ist bis heute kaum bekannt. Und die Geschichte geht weiter: Noch immer sind deutsche Museen voll mit Raubgut.
Kolonialismus
Magazin Verlag, 2020, 48 Seiten, 2 Euro
online bestellen: www.brd-dritte-welt.de

INTERVIEW MIT KULTURLAND-GENOSSENSCHAFT UND ACKERSYNDIKAT

Selbstorganisierte Wege zur Lösung der Bodenfrage

Ackersyndikat (AS) und die Kulturland eG (KL) stehen für unterschiedliche Ansätze eines anderen Umgangs mit Grund und Boden. Beide verfolgen das Ziel, durch andere Eigentumsstrukturen Boden der Spekulation zu entziehen und für eine umweltverantwortliche landwirtschaftliche Bewirtschaftung zu sichern. CONTRASTE-Redakteur Burghard Flieger führte das Interview mit Thomas Kliemt-Rippel und Titus Bahner von der Kulturland eG sowie dem Ackersyndikat, vertreten durch Gunter Kramp und den Ackersyndikat Kokreis.

Können Sie mit jeweils drei Sätzen das Ackersyndikat (AS) und die Kulturland eG (KL) vorstellen?

KL: Als die Kulturland-Genossenschaft sind wir der verlässliche Bodenträger für lebendig ausstrahlende, regional eingebundene Biohöfe, Solawi- und Quereinsteiger-Höfe. Wir ermöglichen die gemeinschaftliche Finanzierung von Landkäufen, um diese langfristig zu sichern und aus der Spekulation zu befreien. Hierfür haben wir eine neue Eigentumsform erfunden: Verantwortungseigentum an landwirtschaftlichem Land, eine Art moderne »Allmende«. Durch die Beteiligung von mehr als 950 Genossinnen und Genossen konnten wir bereits mehr als 300 Hektar Land für 22 Partnerhöfe langfristig sichern.

AS: Das Ackersyndikat ist die Schwesterorganisation des Miethäuser Syndikats für die Landwirtschaft und verfolgt ähnliche Ziele: Höfe selbstorganisiert, dezentral und solidarisch finanziert dauerhaft dem Markt zu entziehen und als Commons zu sichern.

Können Sie erläutern, weshalb das den Biohöfen zur Verfügung gestellte Land dauerhaft als unverkäufliche Commons gesehen werden kann?

KL: In der Präambel zu unserer Satzung steht, dass wir »landwirtschaftliche Flächen erwerben, um sie im Sinne einer modernen »Allmende« langfristig in gemeinschaftlichem Eigentum zu halten.« Wir gewährleisten dies, indem wir mit den Bewirtschafter_innen der jeweiligen Höfe eine lokale Immobilienbesitz-Körperschaft in Form einer Kommanditgesellschaft für das Land gründen. Im Gesellschaftervertrag wird festgeschrieben, dass die Flächen ökologisch und regional eingebunden bewirtschaftet werden müssen. Solange die Bewirtschafter_innen diese Bedingung einhalten, können sie das Land unbefristet und unkündbar nutzen. Wir als Kulturland-Genossenschaft, aber auch die Bewirtschafter_innen, können Land nicht einseitig verkaufen. Solche Beschlüsse müssen einvernehmlich getroffen werden. Wir haben kein Interesse, Land zu verkaufen und dies auch noch nie getan.

AS: Auch wir realisieren die Unverkäuflichkeit mit einer lokalen Immobilienbesitz-Körperschaft, wie beim Miethäusersyndikat erprobt mit einer GmbH. Gesellschafter sind der lokale Hofverein, in dem alle Nutzer_innen des Hofes organisiert sind und der Ackersyndikat e.V. Das Kapital liegt weitgehend bei der lokalen GmbH. Der Ackersyndikat e.V. verfügt über Entscheidungsrechte nur bei Grundsatzentscheidungen wie Verkauf, Satzungsänderungen und Änderung der Bewirtschaftungsweise. Ein Verkauf wird damit mit größtmöglicher Sicherheit verhindert. Wir werden auch eine lokale Rechtsstruktur rein auf Basis eines Vereins entwickeln, so dass Höfe, die bereits Eigentum eines Vereins sind, sich dem Ackersyndikat anschließen können.

Weshalb wird das Ganze nicht als Stiftung organisiert? Was ist da der Unterschied?

KL: Wir haben die Rechtsform einer Genossenschaft gewählt, weil diese basisdemokratisch organisiert ist und auf dem Grundgedanken der »Hilfe zur Selbsthilfe« beruht. Genoss_innen sind gleichzeitig Eigentümer_innen und Kunden_innen des Unternehmens und verfügen daher über volle Mitgestaltungsmöglichkeiten. In einer Stiftung ist keine demokratische Bürger_innen-Partizipation möglich. Ein Stiftungsrat trifft alle Entscheidungen. Wir wollen eine Brücke schaffen vom Privateigentum hin zu einer neuen Allmende. Hierfür erachten wir es als wichtig, dass unser Schaffen stets sozial lebendig bleibt. Im Gegensatz zu einer Stiftung handelt es sich bei einer Genossenschaft um Beteiligungskapital und nicht um Schenkgeld. Mitglieder können ihr Geld wieder aus der eG nehmen, wenn sie es brauchen oder nicht mehr von unserer Tätigkeit überzeugt sind.

AS: Auch das Ackersyndikat ist bewusst keine Stiftung, auch wenn es die Immobilien dauerhaft bewahren will. Dies soll nicht von einem kleinen Stiftungsrat, sondern von einem großen Netzwerk von Höfen und freiwillig Engagierten getragen werden. Wir sind ein Verein, weil das deutsche Genossenschaftsrecht Basisdemokratie zu stark einschränkt und wir ohnehin nicht wollen, dass Geldgeber_innen als solche Stimmrecht haben. Nur die Höfe und aktive Mitglieder sind im Ackersyndikat stimmberechtigt.

Wo kommt das nötige Kapital für den Landkauf her, und warum arbeitet ihr mit dieser Kapitalqualität?

KL: Wir arbeiten in erster Linie mit rückforderbarem Beteiligungskapital in Form von eG-Anteilen. Das ermöglicht uns zum einen mehr Reichweite

als Schenkgeld in Form von Spenden und Zustiftungen. Das gilt nicht nur, weil es nicht so viel Geld zu verschenken gibt, sondern auch weil sich Menschen lieber beteiligen als ihr Geld einfach wegzugeben. Zum anderen entsteht durch Beteiligungskapital eine soziale Trägerschaft des Eigentums, die bei Schenkgeld nicht entsteht; wir binden das Eigentum an die Lebendigkeit des sozialen Umfeldes. Das Gemeinschaftseigentum kann sich auch wieder auflösen, wenn das Leben aus dem Projekt verschwunden ist. Innerhalb der eG haben wir neuerdings eine unselbständige Stiftung, die Klee-Stiftung, gegründet, über die wir gerne auch Schenkgeld und gestiftetes Land annehmen können.

AS: Wir arbeiten mit Nachrangdarlehen = Direktkrediten, wie beim Miethäusersyndikat erfolgreich erprobt. Damit werden die Geldgeber_innen bewusst nicht Miteigentümer_innen. Stimmrecht von Geldgeber_innen und Privatpersonen als Gesellschafter der Hofeigentums-gesellschaften sind für uns ein Widerspruch zur angestrebten Entprivatisierung, Selbstverwaltung und Kapitalneutralisierung. Wir werden uns so aufstellen, dass wir auch Schenkgeld annehmen können.

Wie wird das Problem der landwirtschaftlichen Privilegierung beim Landkauf gelöst, nach dem aktive regionale Bauern grundsätzlich ein Vorkaufsrecht gegenüber Nicht-Landwirten oder nicht-regionalen Bauern haben?

KL: Wir gründen eine KG, die vom Bauern als Komplementär vertreten wird und die so ausgestaltet ist, dass sie aktiven Landwirt_innen beim Grunderwerb gleichgestellt wird.

AS: Die Bäuer_innen sind bei uns in der Hof GmbH so vertreten, dass diese einem Landwirt gleichgestellt ist. Hof und Land bleiben zudem im AS immer in einem gemeinsamen Rechtsträger.

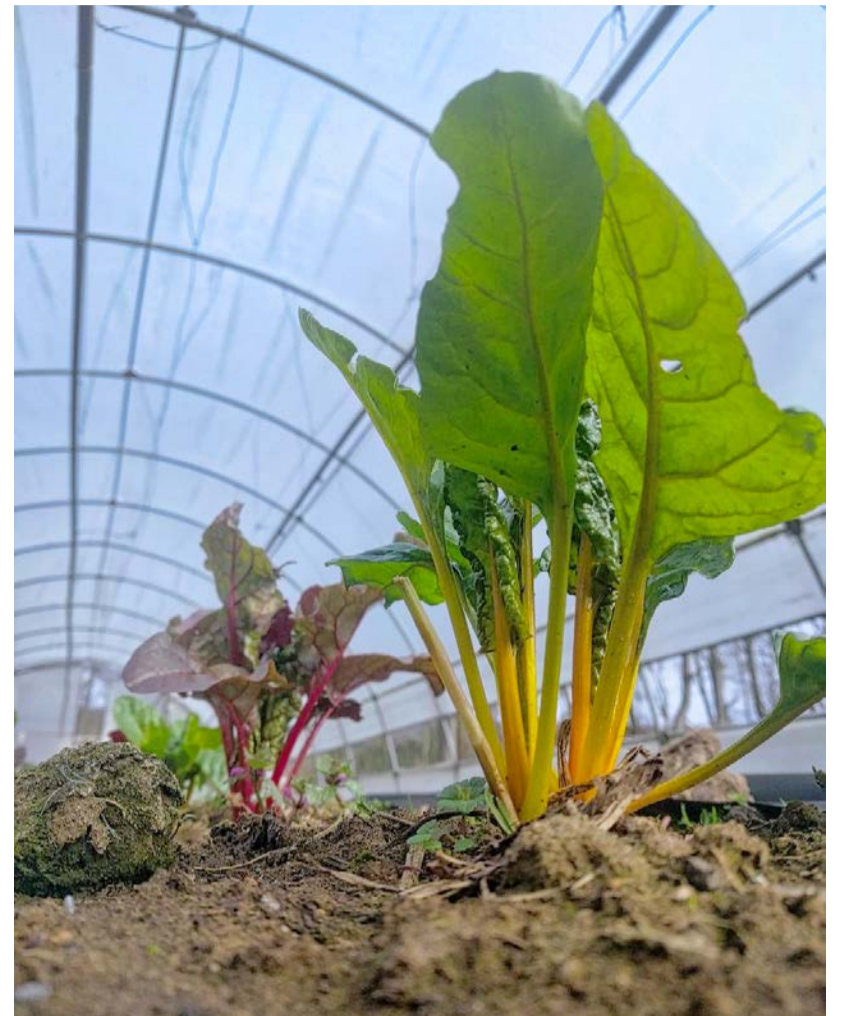
Wer trifft die Entscheidungen auf den Höfen, bei denen die Kulturland eG bzw. das Ackersyndikat ganz oder teilweise den Boden zur Verfügung stellt? Wie wird dies dauerhaft sichergestellt?

KL: Die Bewirtschafter_innen sind als Komplementäre der KG die geschäftsführende Partei und daher de facto ihre eigenen Verpächter. Dadurch haben sie die volle Autonomie über das Land, solange sie es ökologisch und regional eingebunden bewirtschaften.

AS: Die Geschäftsführung der lokalen Hof-GmbH wird vor Ort gemacht. Das Kapital liegt dort. Die Hofnutzer_innen können in fast allen Fragen autonom entscheiden. Das Ackersyndikat sichert gegen Verkauf, wirtschaftliche Auszehrung der GmbH und Satzungsänderungen sowie, wenn vom lokalen Hof gewünscht, gegen Änderungen der Bewirtschaftungsweise.

Beide Konzepte sind ja mit Organisationskosten verbunden. Wie werden diese erwirtschaftet und was passiert, wenn das nicht gelingt?

KL: Unsere Partnerhöfe zahlen einen sogenannten solidarischen Höfebeitrag, der die Kosten der Kulturland eG trägt. Der Beitrag liegt bei durchschnittlich 250 Euro pro Hektar. Dies entspricht etwa einem Prozent des durchschnittlichen Kaufpreises der Flächen, die wir bisher gekauft haben. Wegen der großen Unter-



▲ Es wächst und gedeiht: Auf die Bodenfrage suchen inzwischen viele Initiativen die richtigen Antworten. Foto: Rote Rube, Gemüsebaukollektiv der Kommune Niederkaufungen

schiedlichkeit ist nur jeder Hof allein fähig, die Möglichkeit seines Hofes abzuschätzen. Deshalb setzen wir auf ein Bieterverfahren, in dem jeder Hof ein freies Gebot abgeben kann. Um den Höfen eine Orientierung zu geben, ermitteln wir einen Richtwert für jeden Hof. Zudem wird mit den Höfen vereinbart, dass sie die Freiheit haben, ihre Beitragszahlung in einem schwierigen Jahr einmalig auszusparen. Sie können diesen Beitrag entweder nachträglich bezahlen oder die Summe wird in der nächsten Bieterrunde zum Gesamtbudget hinzugegerechnet, das heißt von den anderen Höfen übernommen.

AS: Das Ackersyndikat ist analog dem Miethäusersyndikat ein sehr schlankes Netzwerk, das kaum Kosten erzeugt. Es lebt von dem Engagement der Menschen auf den Höfen und in deren Umfeld. Der Organisationsaufwand wird minimiert und nahezu vollständig dezentralisiert, also auf den Höfen selbst erledigt. Daher kommt die oft zinslose Umfeldfinanzierung im Ackersyndikat den Höfen komplett zugute. Alles, was über die Kostendeckung hinaus für einen Solidartransfer erwirtschaftet wird, kann zu 100 Prozent zur Finanzierung neuer Projekte genutzt werden.

Wie ist denn der weitere Ablauf, wenn für eine erworbene Ackerfläche der nutzende Hof insolvent geht oder die Fläche nicht weiter bewirtschaftet wird bzw. kann?

KL: Wenn die ursprünglichen Bewirtschafter_innen den Hof verlassen – das ist bisher noch nie der Fall gewesen – würden wir uns mit aller Anstrengung darum bemühen, neue Bewirtschafter_innen zu finden. Da wir bereits mehrere Höfe als Ganzes übernommen und für diese Bewirtschafter_innen gefunden haben, sind wir überzeugt, dass uns dies in den allermeisten Fällen gelingt. Falls wir trotz aller Anstrengung keine Bewirtschafter_innen finden, würden wir das Land verkaufen. Erlöse aus Landverkäufen werden satzungsgemäß wieder vollumfänglich in neue Landkäufe investiert. Sollte es irgendwann dazu

kommen, dass sich die Kulturland eG auflöst, würden wir alle Flächen an einen anderen gemeingüterorientierten Bodenträger übertragen.

AS: Beim Ackersyndikat würde das ähnlich laufen. Grundsätzlich beteiligen wird uns nur an Hofprojekten, bei denen die realistische Aussicht besteht, dass ein Hof mit Land dem AS entprivatisiert werden kann. Einzelne Flächen, die dauerhaft ohne eine Hofstelle sind, möchten wir nicht erwerben, denn dafür müsste es eine zentrale Verwaltung geben. Wir wollen immer Hof mit Gebäuden und Land in einer Rechtsform haben, auch um den Aufwand zu minimieren. Im Miethäusersyndikat wurden schon für Hausprojekte neue Gruppen gefunden. Dies zeigt, dass so etwas in einem dezentralen Netzwerk ohne bezahlte Führung funktioniert.

Links:
<https://ackersyndikat.org>
<https://www.kulturland.de>

ANZEIGE

express

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Ausgabe 6/21 u.a.:

- H. Dribbusch u. R. Kohsiek: »Generell streikbereit« – 20 Jahre ver.di – 15 Jahre Innovation im Arbeitskampf
- G. Kirsche: »Toluol, Wechselschicht und Rotationsdruckmaschinen« – Erfahrungen im Tiefdruckunternehmen und dem Niedergang der Branche
- R. Schlosser: »Von nichts kommt nichts« – Kritische Anmerkungen zur »Modern Monetary Theory« (MMT)
- M. Buckmiller: »Spontaneität und Organisation« – Zur Aktualität von Rosa Luxemburgs Denken
- R. Hürtgen: »Danzig an der Weser«, Arbeitswelten auf der Werft ähnelten sich über Eisernen Vorhang hinweg

Probieren Sie! Kostenfreies Exemplar per eMail o. Telefon anfordern

Niddastr. 64 VH, 60329 FFM
express-afp@online.de
www.express-afp.info



▲ Die Generalversammlung der Kulturland eG

Foto: Kulturland eG

ÜBER DEN TELLERRAND

ZUM 90. GEBURTSTAG VON ERASMUS SCHÖFER

Zeitabschnitte aus der Zeit selbst heraus sichtbar machen

Dieser Autor hat noch stets Literatur in der Bewegung und zugleich in Bewegung verfasst. Erasmus Schöfers nunmehr auf sechs Jahrzehnte zurückblickendes literarisches Werk ist immer engagiert, parteilich und kritisch geblieben – realistisch vom Verfahren allemal.

WERNER JUNG, LANGWEILER
(BEI IDAR-OBBERSTEIN)

In Schöfers Produktion, die immer wieder abgebrochen und unterbrochen worden ist von längeren Zeiten politischen Wirkens in der Gewerkschaft wie auch dem Schriftstellerverband, dem VS, schließlich dem »Werkkreis Literatur der Arbeitswelt«, den Schöfer 1969 mitbegründet hat, lassen sich in etwa drei Phasen unterscheiden: frühe Texte bis in die Zeit der Werkkreis-Jahre, in denen aber schon die zentralen Themen und Gegenstände Schöfers anklingen, eine mittlere Phase, die während der späten 70er und 80er Jahre dann die Krise und Stagnation der linken Bewegungen in der alten BRD bearbeitet, und eine späte Phase, in der der Romancier in einem groß angelegten Romanprojekt, der Tetralogie »Die Kinder des Sisyfos« (2001-2008), eine Bilanz bundesdeutscher Geschichte von 1968 bis zur Wende von 1989 (und darüber hinaus) zieht. Seit den späten 90er Jahren hat Erasmus Schöfer an diesem Epos gearbeitet.



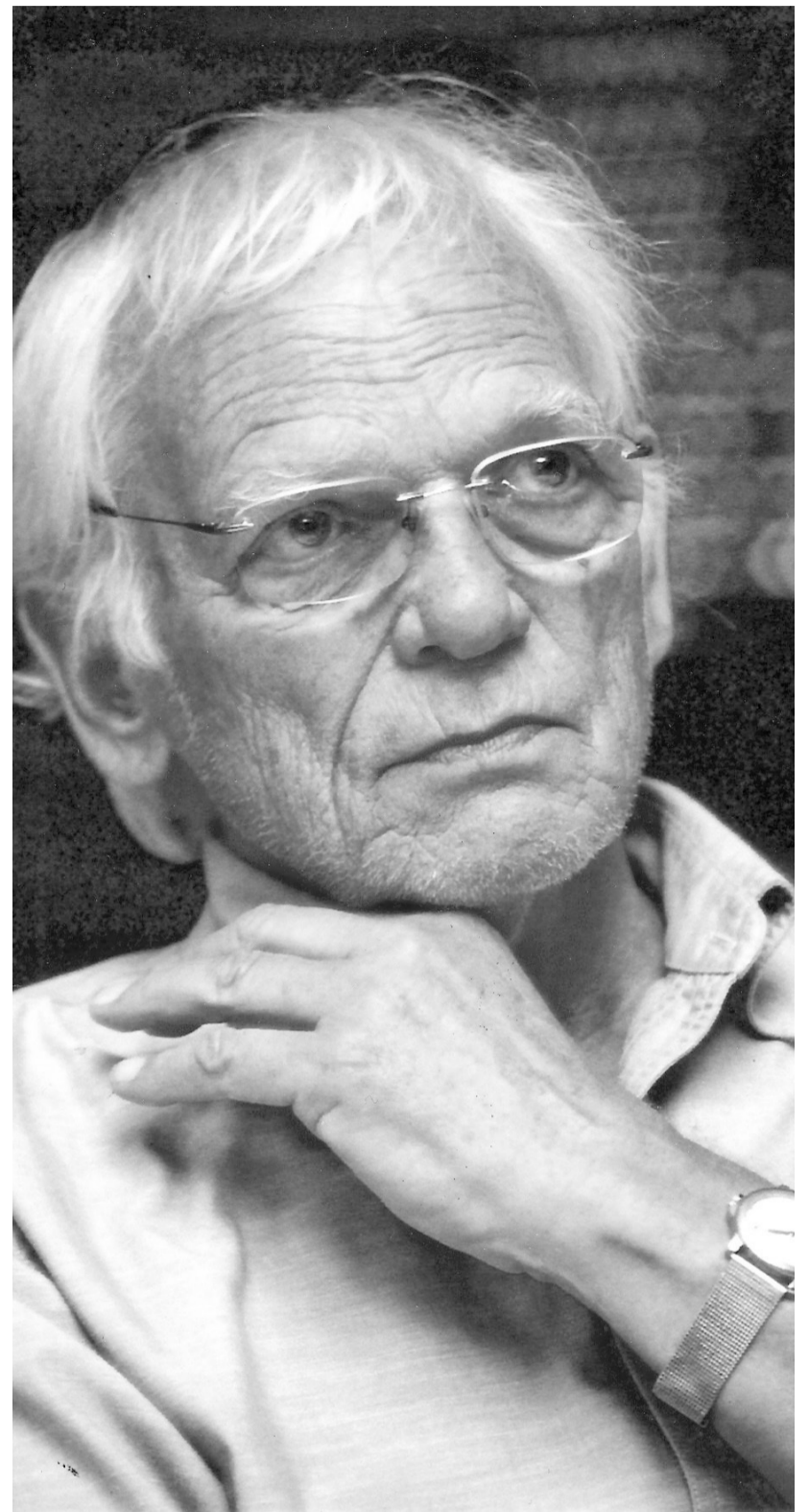
Und damit ist ihm auch endlich die breitere literarische Anerkennung zuteil geworden, was nicht nur die deutlich zugenommene Resonanz im Feuilleton und literarische Preise, sondern auch die Gründung einer eigenen literarischen Gesellschaft, »Kinder des Sisyfos«, und schließlich sogar Symposien über sein Schaffen belegen. Im Gespräch mit Jürgen Lodemann hat Schöfer einmal seine Intention bei der Abfassung seiner Tetralogie so beschrieben: »Meine Absicht ist es, diese Zeitabschnitte aus der Zeit selbst heraus verständlich zu machen.« Es handle sich dabei »um ein Epos über die Aktionen von Menschen, die in diesem Land an wirksamer Demokratie interessiert waren, interessiert an Gerechtigkeit, auch an Sozialismus.«

In der Schriftenreihe des Fritz-Hüser-Instituts für Literatur und Kultur der Arbeitswelt in Dortmund sind insgesamt drei Bände erschienen, die noch andere Facetten des Kölner Schriftstellers zeigen: ein Band mit Feuilleton-Texten aus 45 Jahren (2011), auf den dann eine Auswahl von Hörspielen gefolgt ist (2013), die den Autoren als kritischen Zeitchronisten zeigen, schließlich noch ein opulenter Band mit Texten, die Schöfers intensive Bemühungen um den »Werkkreis Literatur der Arbeitswelt« dokumentieren, den er als Mitbegründer und maßgeblicher konzeptiver Ideologe von 1968 bis 1984 mitgestaltet und auch danach weiterhin kritisch begleitet hat. Sicherlich beeinflusst durch die Anfänge der Arbeiterliteratur im Rahmen der »Gruppe 61« um Fritz Hüser handelt es sich beim Werkkreis, der inmitten der heftigen und polemischen Diskussionen im Umfeld der 68er-Bewegungen und der innerliterarischen Debatten um einen neuen Realismus entstanden ist, um eine – bis heute wohl – einzigartige Bewegung, die versucht hat, den Literaturprozess kollektiv zu organisieren und demokratisch zu formieren. Dabei schreibt Schöfer in einem frühen Aufsatz, »Aufgabe und

Möglichkeiten literarischer Produzenten« (1970), dass es darum gehen müsse, auf Erfahrungen ebenso der Literatur der sowjet-russischen Revolution wie der proletarischer deutscher Schriftsteller der 20er Jahre zurückzugreifen, um diese »unter dem Druck der politischen Entwicklung« in der Bundesrepublik der späten 60er, frühen 70er Jahre neu zu machen und weiterzuentwickeln. Und in einem späten Text, »Was können wir heute aus dem Werkkreis machen?« (1983) moniert Schöfer noch einmal, dass seine alte Forderung immer noch nicht eingelöst worden sei: Es mangle nämlich an einer »Plattform«, »auf der ähnliche theoretische und literarische Entwicklungsschübe vorbereitet werden können, wie sie auf der Plattform des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller in den 20er/30er Jahren geschahen.« Zwischen diesen beiden Texten liegen 13 Jahre, in denen um ein alternatives Literaturkonzept gerungen worden ist, nicht zuletzt um ein realistisches Literaturverständnis, das literatursoziologisch spannend ist und bis heute eigentlich nichts an seiner Brisanz eingebüßt hat.

Er kann aber auch noch ganz anders! – Immer wieder nämlich hat Erasmus Schöfer auch Lyrik verfasst, eine Art Gelegenheitsdichtung, zugleich aber auch so etwas, das man mit guten Gründen oftmals als Gedankenlyrik bezeichnen kann. Nun hat die literarische Gesellschaft der »Kinder des Sisyfos« eine wunderbare Auswahl von Liebesgedichten herausgegeben, die im Laufe der Jahrzehnte entstanden sind und die die sinnlich-lustvolle Seite des Schriftstellers betont: »Aus dem See/ in dem wir nächtlich/ schwammen/ ziehen wir uns an den Tag/ das Ufer ist noch steil/ Rosen bleiben/ auf der unbewegten Schale/ Wasser glänzt an dir/ du strahlst nach innen/ blendest mich.«

Erasmus Schöfer: Sisyfos Lust. Lauter ewige Lieben. Gedichte. Zum 90. Geburtstag des Autors herausgegeben von traeter-kunst essen im Auftrag von Kinder des Sisyfos - Freundeskreis Erasmus Schöfer e. V. Köln. 2020.



▲ Erasmus Schöfer vor rund zehn Jahren

Foto: Privat

Schwerpunkt: Aktuelle Fragen in Strafprozessen

Autobahnabseilaktionen – eine Straftat?

Als während der Räumung des Dannenröder Forstes im Herbst 2020 mehrfach Personen seitlich an Autobahnbrücken kletterten und dort große Transpis aufhängten, folgte ein großer Aufschrei. Überall stoppte die Polizei den Verkehr und pfückte die Aktivistis in mehrstündigen, aufwändigen Einsätzen wieder ab. »Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr« und »Angriff auf die Infrastruktur« hieß es von Justiz und Politik. Inzwischen werden kleinere Brötchen kleiner. Schließlich hatten die Aktivistis sehr bewusst den Autobahnraum, der in einer Höhe von 4,7 Metern endet, nie betreten. Etliche Ermittlungsverfahren wurden daraufhin eingestellt. Andere Staatsanwaltschaften arbeiteten fieberhaft an einer Ersatzlösung, die im Nötigungsparagrafen gefunden schien. Doch die Aktivistis hingen, weil deutlich über der Straße, niemensch im Weg. Kein Auto musste wegen ihnen stoppen. Das organisierte erst die Polizei. Die Justiz definierte diese

nun als »willenloses Werkzeug« der Aktivistis. Sehr deutlich wird hier: Das Gesetz ist die Waffe der Stärkeren. Es wird so verwendet, wie es denen passt, die die dominanten Interessen durchsetzen. Da die Aktionen an unterschiedlichen Orten liefen, sind verschiedene Staatsanwaltschaften und Gerichte damit befasst. Eine hat schon abgewunken und die Straftat verneint. Andere machen weiter. Mehr unter: autobahn.siehe.website

Klimaschutz im Rang eines Grundrechts

Das spektakulärste Urteil der vergangenen Monate fiel im Bundesverfassungsgericht. Auf Klage mehrerer Menschen bejahen die Richter*innen die Einklagbarkeit guter Lebenschancen künftiger Generationen als Teil der unverbrüchlichen Menschenrechte (1 BvR 2656/18). Damit wurde der bisher nur als Staatsziel vorhandene und deshalb weitgehend unwirksame § 20a des Grundgesetzes praktisch auf das Niveau eines Grundrechtes gehoben. Das Urteil könnte der Politik neben den vielen Aktionen einige Angst machen, erhalten Öko-Akti-

REPRESSIONS- UND RECHTSFÄLLE

vistis damit doch ein weiteres Aktionsmittel. Dass die Richter*innen so entschieden, zeigte die Wirksamkeit direkter und kreativer Aktionen. Sie verändern Stimmungen, welche dann Entscheidungsträger*innen drängen bis zwingen, Positionen anzupassen.

Verteidigungschance beim Strafvorwurf Widerstand oder Landfriedensbruch

Wer Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte leistet, bekommt es mit den §§ 113 und 114 oder, falls die Situation größer war, mit dem § 125 StGB (Landfriedensbruch) zu tun. Die Vorwürfe basieren meist auf Aussagen der vermeintlich Betroffenen, also der Staatsdiener*innen selbst. Regelmäßig ist es kaum möglich, deren Glaubwürdigkeit zu erschüttern, selbst wenn die Widersprüche offensichtlich werden. Die größte Chance auf Einstellung oder Freispruch bietet daher der Absatz 3 des Widerstandsparagrafen 113, der so auch für § 114 (tätlicher Angriff) und § 125 gilt: »Die Tat ist nicht nach dieser Vorschrift strafbar,

wenn die Diensthandlung nicht rechtmäßig ist.« Damit lässt sich der Gerichtsprozess umdrehen: Das Verhalten der Polizei oder anderer Behördenleute wird untersucht – und die sitzen noch im Zeug*innenstuhl, müssen also (eigentlich) antworten und die Wahrheit sagen. Wer sich so verteidigt, erreicht oft eine Einstellung. Ein weiterer Tipp für alle von solchen Vorwürfen Betroffenen, wenn auch selten erfolgreich, ist die Nachfrage, welche Vollstreckung denn durchgeführt wurde. Nicht jede Behördenhandlung ist eine Vollstreckung. Bei Landfriedensbruch gilt die Einschränkung des § 113, Absatz 3 nur bei Auseinandersetzungen mit der Polizei. Zudem wird dieser Paragraf oft benutzt, um Ermittlungen zu legitimieren, wenn Einzelperson nichts Konkretes vorgeworfen wird.

Rechtsfehler überprüfen lassen: Die Revision im Strafrecht

Die oben aufgeworfenen Fragen lassen sich auf den unteren Instanzen oft nicht klären, weil die

dort handelnden Richter*innen bei komplizierten Rechtsfragen passen müssen oder diese schlicht nicht beachten. Dann ist die Rechtsfehlerüberprüfung, auch Revision genannt, nötig. Revisionen zu schreiben, und das auch noch formgerecht, ist allerdings nicht ganz einfach. Es gibt nur sehr wenige Bücher, die das dafür nötige Wissen verständlich vermitteln. Mit »Die Revision im Strafrecht« von Mattias Weidemann und Fabian Scherf (3. Auflage 2017, Nomos in Baden-Baden, 207 S., 22 Euro) ist eines erschienen, welches für Studierende gedacht und deshalb gut für alle geeignet ist, die lernen wollen, sich vor Gericht selbst oder gegenseitig zu verteidigen. Auf allzu detaillierte Darstellung aller Möglichkeiten wird verzichtet, dafür sind die Anforderungen an eine formgerechte Revision sehr anschaulich beschrieben. Die Übungsaufgaben mögen Nicht-Studierende verwirren, können aber auch eine nützliche Hilfe für den Check sein, das Gelesene auch verstanden zu haben und anwenden zu können. Besonders praktisch: Die Checkliste am Ende des Buches.

Jörg Bergstedt



KAMPAGNE DES BÜNDNIS KLINIKRETTUNG

Klinikschießungen – Spahns Holzweg

Die Debatte über den Zustand unserer Krankenhäuser erlebt in Folge der Corona-Pandemie so viel Aufmerksamkeit wie schon lange nicht mehr.

Laura Valentukeviciute, Gemeingutin in BürgerInnenhand

Schlecht, dass das erst jetzt passiert, denn der desolate Zustand der Kliniken ist das Ergebnis der vor Jahrzehnten falsch gelegten Weichen in der Gesundheitspolitik. Gut, dass es immerhin jetzt passiert. So können wir uns vielleicht noch Zustände wie in Bergamo Anfang 2020 ersparen. Auf dem Weg dahin sind wir aber dennoch – trotz der Erfahrungen aus der Pandemie soll doch nur ein Drittel der Akutkrankenhäuser bleiben.

Die BefürworterInnen haben schon vor Jahren den Abbau der Kliniken in Deutschland damit begründet, dass die Bettenzahl hierzulande im europäischen Vergleich viel zu hoch sei. Warum deswegen hier die Betten abgebaut und nicht in anderen Ländern aufgebaut werden müssen, bleibt das Geheimnis dieser BeraterInnen. Trotzdem wird seit Jahren das Ziel Kapazitätsabbau im Krankenhauswesen verfolgt. Schloss in den Jahren vor der Pandemie im Durchschnitt ein Krankenhaus pro Monat, wurden im Pandemiejahr 2020 mindestens 20 Kliniken zugemacht. Der Bundesrechnungshof warnte im Herbst 2020, dass 40 Prozent aller Krankenhäuser rote Zahlen schreiben, zehn Prozent sind akut insolvenzgefährdet. Aktuell liegen für über 30 Krankenhäuser Schließungspläne vor und es kommen weitere Kliniken hinzu.

Mit dem Ausbruch der Pandemie hätte man erwarten können, dass die Schließungspläne im Müllkorb verschwinden. Aber schon im November 2020 wurde im »Richtungspapier zu mittel- und langfristigen Lehren« verkündet, dass der Klinikabbau fortgesetzt werden müsse. Begründet wird dies damit, dass die kleinen Kliniken kaum zur Bewältigung der Pandemie beigetragen hätten. Deswegen sollen sie keine Corona-Ausgleichsfinanzierung bekommen, was einen sicheren Weg in die Insolvenz bedeutet, da alle anderen Behandlungen zurückgefahren werden müssten.

Die Kritik am Richtungspapier kam umgehend vom Verband der Leitenden Krankenhausärzte Deutschlands (VLK) und dem Verband der Krankenhausdirektoren Deutschlands (VKD). »Das stellt sich nach einer repräsentativen Rückmeldung unserer Mitglieder völlig anders dar«, schrieb Michael A. Weber, Präsident des VLK.



▲ Das »Bündnis Klinikrettung« bei einer Protestaktion gegen Klinikschießungen zum Weltgesundheitstag am 7. April 2021 auf dem Berliner Alexanderplatz. Foto: Heike Stiehler

Auch Daten der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin bestätigen, dass ein Drittel der beatmeten PatientInnen in Häusern der Grund- und Regelversorgung behandelt wurden. Leider haben die AutorInnen des Richtungspapiers einen enormen Einfluss auf Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und die Gesundheitspolitik in Deutschland: Ferdinand Gerlach und Gabriele Meyer gehören dem Sachverständigenrat Gesundheit an und Boris Augurzyk sowie Reinhard Busse sind Mitglieder der Expertenkommission des Bundesgesundheitsministeriums zu den Auswirkungen der Pandemie auf die Krankenhäuser.

Gegen die Schließungen regt sich immer mehr Widerstand. Es wird allgemein bewusster, dass nicht die einzelnen Kliniken falsch gewirtschaftet haben, sondern es bundesweite systemimmanente Gründe gibt, was Beispiel die 2004 eingeführte Fallpauschalenfinanzierung. Es wird in der Öffentlichkeit immer bekannter, dass die von den BeraterInnen als »Umwandlung« oder »Umzug« verharmlosten Konzepte eine Schlie-

ßung der akutstationären Versorgung im betroffenen Ort bedeuten. Es wird deutlich, dass die als Ersatz vorgesehenen Einrichtungen – das Interdisziplinäre Gesundheitszentrum (IGZ), das Integrierte Versorgungszentrum (IVZ), die Portalklinik, die Praxisklinik, das Medizinische Versorgungszentrum (MVZ) oder der Gesundheitscampus – kein vollwertiges Krankenhaus ersetzen können. Die bereits Existierenden haben nachts, am Wochenende und an Werktagen einfach nicht offen. Manche Pläne, wie die Einrichtung von IGZ, sind schon vielfach gescheitert: zum Beispiel in Hersbruck, Vohendrauf, Parsberg, Waldsassen, Spaichingen oder Bad Säckingen. Bei anderen, wie beim geplanten Ersatz der Helfenstein-Klinik, soll es keine Abteilungen mehr für Chirurgie und Inneres geben. Die verbliebene Notfallstation wird deswegen von den Rettungswägen gar nicht angefahren und erledigt sich in kürzester Zeit selbst.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn treibt den Abbau der Krankenhauslandschaft heftig voran. Zugleich duckt er sich vor der öffentlichen

Debatte weg, behauptet von den Schließungen nichts zu wissen oder beteuert, es gehe nicht um »plumpes Schließen«. Dass die Krankenhäuser nicht nur Kosten verursachen, sondern auch Nutzen bringen, ist dem gelehrten Bankkaufmann schwer zu vermitteln. Kritik an dem Kurs übte zuletzt sogar der von der CSU dominierte Bayerische Landkreistag. Die Landkreise haben am 19. Mai ein Forderungspapier für die Bundestagswahl 2021 beschlossen, in dem der Krankenhausschlag kritisiert und die Stärkung der akutstationären Versorgung gefordert wird.

Der Verein »Gemeingut in BürgerInnenhand« (GiB) setzt sich seit 2010 dafür ein, dass zum Beispiel Schulgebäude, Wasserleitungen, Krankenhäuser, öffentliche Verkehrsmittel oder auch Autobahnen als Teil der öffentlichen Infrastruktur dem Gemeinwohl dienen und nicht zu Spekulationsobjekten privater Investoren werden. Er fordert stattdessen ihre Demokratisierung.

Die Sonderzeitung des Bündnis Klinikrettung »Klinikschießungen - Zahlen, Gründe, Folgen« ist hier zu finden: gemeingut.org/klinikschiessungen_zeitung

WEG VON DER PROFITORIENTIERUNG IM GESUNDHEITSSYSTEM

Walk of Care – Pflege macht sich stark!

Pflegende sind mit einem anhaltenden Konflikt zwischen Berufsethos und Realität konfrontiert. Auf der einen Seite stehen die eigenen Ansprüche, die Pflegewissenschaft und die Freude am Beruf. Auf der anderen Seite stehen Personalmangel, Dauerstress und Profite.

MARtha KRAHL, WALK OF CARE

Um dieses Szenario zu beenden und eine nachhaltige Veränderung des Gesundheitssystems zu schaffen, demonstriert der Walk of Care (WoC) seit September 2020 jeden Mittwoch vor dem Bundesministerium für Gesundheit in Berlin. Wir fordern ein politisches Umdenken, weg von der Profitorientierung hin zu einer menschenwürdigen Versorgung.

Wir sind ein Bündnis von Gesundheitsberufler*innen und erleben das heutige Gesundheitssystem täglich. Uns ist klar, dass wir geradewegs auf einen Systemkollaps zusteuern, wenn die bestehenden Probleme nicht sofort angegangen werden. Was nützen uns wissenschaftliche Erkenntnisse über Krankheit und Therapie, wenn letztendlich niemand dieses Wissen anwendet? Was erreichen wir, wenn bald niemand mehr am Patient*innenbett steht und sich nach dem tatsächlichen Befinden eines Menschen erkundigt, dessen Fragen beantwortet und ihn über Risiken aufklärt?

Die schlechte Versorgung vieler Menschen lässt sich weder durch Unkenntnis über Krankheit und Genesung noch durch fehlendes Interesse an Gesundheitsberufen begründen. Es ist

die enorm hohe Ausstiegsquote aus dem Beruf, welche die Arbeitsbelastung für die Bleibenden weiter erhöht und damit die Pflegequalität zwingend vermindert. Folglich orientieren sich noch mehr Gesundheitsberufler*innen um, und die Notlage spitzt sich weiter zu. Deshalb muss die Arbeitsbelastung sinken, um Aussteiger*innen zurück in einen attraktiveren Beruf zu holen.

Ursache dafür sind profitorientierte Entscheidungen der Politik. Es ist fast ironisch: Anfang der 2000er-Jahre war es für Pflegende noch schwierig, eine Anstellung zu bekommen. Personalmangel, verkürzte Krankenhausaufenthalte und eine veraltete Infrastruktur sind das Ergebnis kurzfristig getroffener Sparmaßnahmen der vergangenen Jahre.

Pflegebedürftige Menschen sind auf uns angewiesen, sie müssen darauf vertrauen können, dass unser Handeln sich an ihren individuellen Bedürfnissen orientiert. Das ist unsere Verantwortung, der wir in vielen Bereichen nur unzulänglich gerecht werden können.

Zwischen Berufsethos und Realität

Pflegefachkräfte und Patient*innen sollten eine Beziehung auf Augenhöhe aufbauen können. Viel zu häufig herrscht jedoch ein gefährliches Abhängigkeitsverhältnis. Der Mensch wird zur Fallnummer und bekommt Medikamente hingestellt, auf dem Papier wird er zu Vitalzeichen, auf der Station belegt er ein Bett. Zu Beginn bedeutet das noch finanziellen Gewinn, doch schnell ist die »standardmäßige

Liegedauer« überzogen und er wird zur roten Zahl. Dann die Frage: Wann entlassen wir diesen Fall? Oder meinen wir doch den Menschen, für dessen Individualität wir keine Zeit hatten? Den Menschen, der seine Krankheit eigentlich noch nicht verstanden hat und schon bald mit Folgeerkrankungen wieder da sein wird. Für Individualität, Aufklärung, Wissensvermittlung und Fragen braucht es Zeit. Wenn wir das Gesundheitssystem entlasten wollen, müssen wir anfangen, pflegebedürftige Menschen ganzheitlich zu versorgen und zu informieren, so dass sie verstehen, was mit ihnen passiert und sie weiterhin an der Gesellschaft teilhaben können. Das ist nicht nur für die körperliche, sondern auch für die psychische Gesundheitsförderung extrem wichtig.

Der Walk of Care hat sich 2016 als basisdemokratisches Bündnis gegründet. Die meisten von uns sind Auszubildende oder Pflegende, aber auch Physiotherapeut*innen und Hebammen gehören zum WoC. Wir verstehen uns als interdisziplinäres offenes Bündnis, in dem sich alle Interessierten einbringen können. Wir veranstalten seit fünf Jahren Demonstrationen und vernetzen uns deutschlandweit. Um das Thema in die breitere Gesellschaft zu tragen und ein Bewusstsein für den Wert unserer Berufe zu schaffen, nutzen wir auch kulturelle Mittel, wie Musik und Poetry Slams.

Im Hinblick auf die Bundestagswahl haben wir begonnen, im Rahmen der #gibuns5-Aktion wöchentlich zu demonstrieren. Denn bisher gibt es keine zukunftsorientierten Lösun-

gen, die auch umgesetzt werden, um unsere Gesellschaft auf den demografischen Wandel vorzubereiten. Um die Dringlichkeit hierfür zu verdeutlichen, möchten wir fünf zentrale Forderungen in den Wahlkampf einbringen. Diese zielen auf das Finanzierungssystem, die Ausbildung, politisches Mitspracherecht sowie Fort- und Weiterbildungen und die Personalausstattung ab.

Die Notlage ist so offenkundig, dass wir nicht tatenlos zusehen können. Weil uns die Zeit davonrennt, kämpfen wir für ein solidarisches Gesundheitssystem, das für alle Menschen zugänglich ist – getreu unserem Motto: »Meckern war gestern, machen ist heute!«

Link: walkofcare.org

ANZEIGE

SCHWERPUNKT SOLIDARITÄT IST GESUND



GESUNDHEITZENTREN ALS TEIL DER VERSORGUNG UND TRANSFORMATION

» Unsere Therapie heißt Solidarität «

Polikliniken, als solidarische (Stadtteil-) Gesundheitszentren, sind eine Antwort auf die Ökonomisierung und Privatisierung des Gesundheitssystems. Sie sind eine konkrete Alternative zur derzeitigen ambulanten Versorgungsstruktur, in der Qualität statt Quantität gilt, Profitinteressen keinen Platz haben und Gesundheit als Allgemeinut verstanden wird.

TINA, POLIKLINIK VEDDEL UND JUSTUS, POLIKLINIK SYNDIKAT

Solidarisch, hierarchiefrei, gleichberechtigt – so stellen sich die meisten von uns einen Kollektivbetrieb vor. Ein bisschen richtiges Leben im Falschen, eine Mikro-Utopie im Kapitalismus. Doch wer schon einmal näher mit Kollektivbetrieben zu tun hatte, weiß auch: Das stimmt so nicht ganz. Denn auch Betriebe, die Gleichheit und Transparenz zu ihren höchsten Zielen erklären, erreichen diese natürlich nicht immer. Deshalb organisieren sich manche Kollektivbetriebe in der Basisgewerkschaft Freie ArbeiterInnen Union (FAU) und schließen sich in der Union Coop Föderation, kurz UCF, zusammen.

Aus Prinzip kollektiv

Stadtteilgesundheitszentren gehen von den Bedingungen vor Ort aus und verbinden gesundheitliche Primärversorgung mit Verhältnisprävention und partizipativer Stadtteilarbeit. Sie zeigen das Modell einer anderen Gesundheitsversorgung auf: settingbezogen, im Stadtteil verankert, gemeinwohlorientiert, interdisziplinär.

Was nach einer Vision einer ambulanten Gesundheitsversorgung klingt, wird in einigen Städten in Deutschland bereits umgesetzt. 2017 hat das Gesundheitszentrum Poliklinik Veddel im Hamburger Stadtteil eröffnet. Mittlerweile sind 25 Personen im Stadtteilgesundheitszentrum auf der Veddel angestellt. Die Angebote reichen von der hausärztlichen, allgemeinmedizinischen Versorgung über die Hebammenarbeit bis zum Pilotprojekt »Community Health Nursing« (siehe auch Artikel auf Seite 12). Darüber hinaus kann psychologische sowie Sozial- und Gesundheitsberatung in Anspruch genommen werden, es erfolgt Stadtteilarbeit und Community Organizing. Alle Angebote verbindet, dass sie einen kollektiven Ansatz der Gesundheitsversorgung entwickeln wollen.

Die Veddel ist ein strukturell benachteiligter, postmigrantischer Stadtteil mit einem hohen Anteil an Transferbeziehenden und prekär Beschäftigten. Zwischen Hafenindustrie und Autobahn in Insellage gelegen, sind die Umweltbelastungen hoch. Die Wohnverhältnisse sind eng und die Infrastruktur begrenzt. Erst seit 1,5 Jahren gibt es wieder eine Apotheke. Für viele Erledigungen müssen die Bewohner*innen die Veddel verlassen. Für die 5.000 Bewohner*innen gab es, bevor die Poliklinik eröffnete, nur eine allgemeinärztliche Praxis. Die ärztliche Versorgung ist in Hamburg ungleich verteilt, da es für Ärzt*innen rentabler ist, sich in reicheren Stadtteilen niederzulassen. Die Poliklinik hat wegen der medizinischen Unterversorgung im Stadtteil einen Sondersitz bei der Kassenärztlichen Vereinigung beantragt und erhalten.



▲ Gespräch am Rande des interaktiven Stadtteil-Festivals »Organe der Veddel« rund um soziale Determinaten von Gesundheit

Foto: Janos Szeymies

Gesellschaftliche Bedingungen von Gesundheit

Gesundheit wird in den Polikliniken umfassender gedacht. Nicht nur die medizinische Versorgung und individuelle Verhaltensweisen stehen im Mittelpunkt, sondern die gesellschaftlichen Bedingungen von Gesundheit. Es ist hinlänglich bewiesen, dass soziale Faktoren einen wesentlich größeren Einfluss auf Gesundheit haben, als das individuelle Verhalten. Viele Untersuchungen zeigen gleichzeitig, dass sozial benachteiligte Menschen häufig nicht durch die herkömmlichen gesundheitlichen und medizinischen Angebote erreicht werden.

Wir wissen: Armut macht krank! Sie verursacht Stress, chronische Vorerkrankungen und verkürzt die Lebensdauer. Politische und soziale Faktoren wie Mietsteigerungen, geringes Einkommen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Rassismus sowie andere Diskriminierungserfahrungen oder Altersarmut beeinflussen die Gesundheit nachweislich stärker als die Qualität der medizinischen Versorgung alleine.

Auch die Corona-Pandemie zeigt, dass Bewohner*innen in sozio-ökonomisch benachteiligten Stadtteilen vulnerabler sind und ein größeres Risiko haben für eine Infektion oder einen schweren Verlauf. Die Pandemie verschärft die Bedingungen der gesundheitlichen Ungleichheit wie ein Brennglas. Man muss keine Revolutionär*in sein, um zu erkennen, dass die Bekämpfung der sozialen Ungleichheit der entscheidende Faktor ist, um die gesundheitliche Ungleichheit zu bekämpfen.

Das Konzept Poliklinik setzt dort an. Es nimmt die krankmachenden gesellschaftlichen Verhältnisse in den Fokus und verbindet den Aufbau von Beziehungen im Stadtteil mit Verhältnisprävention. Denn letztlich sind die sozialen Determinanten genau die Faktoren, die das Verhalten der Menschen beeinflussen und die gesellschaftlich bedingt sind. Deswegen müssen sie auch gesellschaftlich verhandelt werden. Die Verhältnisse sind veränderbar. Hier setzt auch die Perspektive einer Handlungsfähigkeit der Akteur*innen im Stadtteil an.

Handlungsfähigkeit und Empowerment stärken

Wir begleiten Prozesse der Selbstermächtigung und des Empowerments in der Nachbarschaft und bieten Strukturen der Organisation von Interessen. Gesundheitsprävention verstehen wir als die Gestaltung von lebenswerten Bedingungen im konkreten Umfeld, den Aufbau von Beziehungen und tragfähigen Netzwerken sowie der Praxis von gelebter Solidarität. Gesundheit entsteht nach der Ottawa-Charta von 1989 dort, wo Menschen leben, lieben,

lachen, spielen, lernen und arbeiten. Nachweislich sind empowernde Stadtteile auch gesündere Stadtteile. Wir unterstützen Menschen dabei, kollektive Lösungsstrategien für gemeinsame Problemlagen zu entwickeln. Sowohl auf der Ebene der Versorgung als auch in der Entwicklung und Durchführung von Projekten möchten wir Entscheidungen teilen. Selbstorganisation bedeutet Macht abgeben und Strukturen zu schaffen, in denen Nachbar*innen und Patient*innen direkt mitgestalten können.

Konkret heißt das zum Beispiel, Nachbar*innen zu vernetzen und zu organisieren, die in verschimmelten oder von Abriss bedrohten Wohnhäusern leben. Neben der Problematik der schlechten Wohnverhältnisse, der Herstellung von Öffentlichkeit und Aushandlung mit den Verantwortlichen führen diese Prozesse unter den Bewohner*innen zu mehr Handlungsfähigkeit und Erfahrungen praktischer Solidarität. Es heißt, ein Nachbarschaftsnetzwerk in Zeiten von Corona aufzubauen oder ein Impfzentrum mit Hilfe der Multiplikator*innen aus dem Stadtteil einzurichten und umzusetzen. Es heißt, Orte und solidarische Infrastrukturen zu schaffen, in denen Menschen direkt mitwirken und ihr Wissen und ihre Expertise teilen können. Unser Ziel ist erreicht, wenn die Nachbarschaft die Poliklinik als ihr Gesundheitszentrum versteht.

Reflexion der eigenen Rolle

Selbstorganisation bedeutet Transformation und das Auflösen von Hierarchien, sowohl im Versorgungsverständnis als auch im Umgang miteinander in einem interdisziplinären Team von Gesundheitsarbeiter*innen, welches gesellschaftlich ebenfalls hierarchisch geprägt ist. Daher bedeutet die Arbeit im Stadtteilgesundheitszentrum zum einen die Reflexion der eigenen Rolle als behandelnde oder beratende Person, eine differenzsensible Perspektive und Praxis sowie eine Reflexion der -ismen, die in dieser Gesellschaft verankert sind. Zum anderen benötigt es den Aufbau von internen Strukturen im Kollektiv. In diesen wird der Austausch und die Auseinandersetzung mit Konflikten und Widersprüchen ermöglicht, Arbeitsschutz sicher gestellt und Reflexions- und Kommunikationsräume eröffnet.

Wir schaffen ein Arbeitsumfeld außerhalb der gängigen Versorgungsmodelle, arbeiten basisdemokratisch als Kollektiv. Gleichfalls bewegen wir uns weiterhin in einem ökonomisierten Bereich, welcher auch Auswirkungen auf die Versorgung und den Arbeitsalltag hat. Nach wie vor können die Kolleg*innen aus der medizinischen Versorgung nur nach Fallpauschale abrechnen. Dies bedeutet, dass alle Arbeitsschritte, die für die

umfassende Versorgung zusätzlich anfallen, wie die interprofessionellen Teamsitzungen, längere Behandlungszeiten sowie interne Arbeitstreffen nicht abrechenbar sind.

Nicht zuletzt deswegen ist die Poliklinik Veddel auch im Poliklinik Syndikat organisiert (siehe Kasten). Die einzelnen Gesundheitszentren bilden die Basis, indem sie im jeweiligen Kiez mit den Menschen vor Ort eine konkrete Praxis entwickeln. Die dafür nötigen Rahmenbedingungen können jedoch nicht vollumfänglich auf lokaler Ebene geschaffen werden. Es benötigt eine bedarfsgerechte und sozialraumbezogene Finanzierung der gesundheitlichen Versorgung, die nach dem Kostendeckungsprinzip funktioniert und nicht an Fallpauschalen gebunden ist. Hier sehen wir unter anderem auch die Verbindung zu den Forderungen und Auseinandersetzungen aus der Gesundheits- und Krankenhausbewegung. Diese Forderung in die Gesellschaft und (Bundes-) Politik zu tragen, ist Aufgabe des Poliklinik Syndikats.

In anderen Ländern wie Kanada sind Gesundheitszentren seit Jahrzehnten ein Teil der ambulanten Struktur, die besonders die Versorgung von marginalisierten Gruppen sicherstellt. Die kanadischen Community Health Center sind als Teil migrantischer Selbstorganisation entstanden und haben bereits damals klargemacht, dass die Ursache von Krankheit häufig auch in der sozialen Ungleichheit zu suchen ist. Die Therapie dagegen muss Solidarität und egalitäre Gesellschaftsformen heißen. Gesundheitliche Chancenungleichheit muss ab- und solidarische Infrastrukturen müssen aufgebaut werden.

Poliklinik Syndikat

Im Poliklinik Syndikat organisieren sich derzeit Gesundheitskollektive aus Berlin, Dresden, Hamburg, Köln und Leipzig. Erklärtes Ziel der Gruppen ist der Aufbau und Betrieb von solidarischen Gesundheitszentren vor Ort. Auch die Neugründung von solidarischen Gesundheitszentren soll angeregt und interessierte Gruppen in ihrem Anliegen unterstützt werden. Gemeinsam werden konkrete Alternativkonzepte zum bestehenden Gesundheitssystem erarbeitet und an andere gesellschaftliche und (gesundheits-) politische Akteur*innen herangetragen. Neben Öffentlichkeitsarbeit zum Thema der sozialen Determination von Gesundheit finden im Netzwerk Austausch und Weiterbildungen zu den praktischen Arbeitsfeldern statt. Eine internationale Vernetzung ist angedacht.

Link: www.poliklinik-syndikat.org

ANZEIGE

Ossietyzky
Zweiwochenschrift
für Politik / Kultur / Wirtschaft

»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«
Carl von Ossietzky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931

Ossietyzky herausgegeben von Matthias Biskupek, Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.

jetzt abonnieren ab Heft 1/2021
www.ossietzky.net
Ossietyzky Verlag GmbH • ossietzky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre

Die Schaubühne seit 1905 Die Weltbühne seit 1918



SELBSTBESTIMMTE GEBURT

Es ist nicht egal, wie wir gebären

Unnötige medizinische Eingriffe unter der Geburt, ärztliche Überversorgung während der Schwangerschaft und mangelnde Aufklärung sind gängige Probleme der heutigen Geburtshilfe. Auch Corona stellt werdende Mütter vor neue Herausforderungen. Was können Schwangere dennoch für eine selbstbestimmte Geburt tun?

MARLENE SEIBEL, REDAKTION LÜNEBURG

»[Die Geburt] bräuchte im Normalfall keine Behandlung. Die große Mehrheit aller Frauen wäre in der Lage, ohne jeden Eingriff zu gebären«, so die Gesellschaft für Qualität in der außerklinischen Geburtshilfe (QUAG e.V.).

»Man muss das Kind aus der Frau herausholen – ist hingegen ein gängiger Glaubenssatz vieler Geburtsmediziner*innen«, sagt Katharina Desery, Vorstandsmitglied der Bundeselterninitiative Mother Hood e.V., einem Verein, der deutschlandweit für eine familienorientierte Geburtshilfe eintritt. »Eine Geburt aus eigener Kraft ist in vielen Kliniken schwierig.« Zeit- und Personalmangel sowie die schlechte Vergütung der Geburtshilfe führen zu Eingriffen, die die Geburt beschleunigen sollen, wie Geburtseinleitungen oder Kaiserschnitte. Auch Behandlungen ohne Einverständnis der Schwangeren kommen vor – obwohl rechtswidrig. »Die Rechte von Mutter und Kind werden mit Füßen getreten«, sagt Desery. Dies habe Folgen auch über die Geburt hinaus. Auch Corona-Regeln wie Kreißsaalverbot für Väter und Maskenpflicht können das Geburtserlebnis derzeit beeinträchtigen.

Eine Hebamme suchen

Die Geburt ist heute für viele Frauen mit Angst besetzt. »Die vielen gynäkologischen Vorsorgeuntersuchungen tragen oft nicht dazu bei, das Vertrauen der Frauen in sich und ihren Körper zu stärken, weil dabei aus einer Risikoperspektive geschaut wird«, sagt Katharina Desery. »Darum kann Hebammenbegleitung sinnvoll sein.« Eine Hebamme kann helfen, das Selbstbewusstsein der Frau, ihr Gefühl für ihren eigenen Körper und für ihr Baby zu stärken und sie so auf die Geburt vorzubereiten. Viele Frauen fänden jedoch keine Hebamme in der Nähe oder wüssten nicht, dass sie auch schon in der Schwangerschaft Anspruch auf diese haben, so Desery.

Um selbstbestimmt über die Art und Weise der Geburt entscheiden zu können, sollten sich werdende Eltern vorab informieren. Hier leistet auch Mother Hood Aufklärungsarbeit. Auf der Website des Vereins können zum Beispiel Statistiken über die Kaiserschnittquote in der Wunschklinik abgerufen werden. »Auch mit Blick auf die Corona-Maßnahmen ermutigen wir werdende Eltern, Aufklärung über die geltenden Regeln in der Wunschklinik einzufordern«, sagt Desery.

Option Hausgeburt

Sind Mutter und Kind gesund und besteht keine Risikoschwangerschaft, steht auch einer Entbindung zuhause oder im Geburtshaus nichts im Wege. Tatsächlich sind nach Angabe der QUAG aber nur knapp zwei Prozent aller Geburten in Deutschland Hausgeburten. Olympia (34) hat ihren Sohn zuhause geboren. Im September 2020 war sie nach Spanien gezogen, damals schon schwanger. »Ich habe mich mit verschiedenen Meditationen und Affirmationen auf die Geburt vorbereitet, aber als ich hörte, dass auch in spanischen Krankenhäusern oft über den Kopf der Frau hinweg entschieden wird, hatte ich Sorge, die Techniken, die ich mir beigebracht habe, unter der Geburt gar nicht anwenden zu können.« Nach ihrem Umzug hatte sie zunächst keine Schwangerschaftsbegleitung, war zur Vorsorge bei einem »man muss es so sagen: rückständigen Arzt.« Doch während eines Aufenthaltes in einer Gemeinschaft lernte Olympia eine Frau kennen, die ihr Kind per Hausgeburt zur Welt gebracht hatte. Ihr gefiel der Gedanke und als sie ihrer Mutter davon erzählte und von ihr Bestätigung für die Idee erfuhr, war ihr Entschluss gefasst.

Die Geburt selbst war eine intime Erfahrung: Nur die zwei ihr vertrauten Hebammen und Olympias Partner waren dabei. »Es ist ein Erlebnis, aus dem ich so viel Stärke ziehe«, sagt sie. »Wenn ich Angst habe oder mir etwas nicht zutraue, denke ich an die Geburt und weiß: Alles andere ist klein dagegen.«

Hilfe nach schwieriger Geburt

Nicht allen Frauen geht es wie Olympia: Für Mütter, die eine schwierige oder belastende Geburt erlebt haben, hat Mother Hood gemeinsam mit der International Society for Pre- and



▲ Die Geburt als Eintritt in das Leben sollte für Mutter und Kind so sanft und selbstbestimmt wie möglich sein können. Foto: Marlene Seibel

Perinatal Psychology and Medicine e.V. das »Hilfetelefon schwierige Geburt« gestartet. Eltern können am Telefon mit einer ausgebildeten Beraterin über ihr Geburtserlebnis sprechen. Diese hört zu und informiert bei Bedarf über Therapiemöglichkeiten. »Das Hilfetelefon wird sehr gut angenommen«, sagt Katharina Desery. Es meldeten sich vor allem Frauen, denen unter der Geburt kein Gefühl von Sicherheit und Vertrauen gegeben wurde, die Behandlungen ohne ihre Zustimmung erhalten haben und mit denen respektlos umgegangen wurde. Auch Frauen, die nach einem solchen Geburtserlebnis Probleme im Umgang mit ihrem Baby haben, riefen beim Hilfetelefon an.

Die Schiefelage in der Geburtshilfe sei in der Politik inzwischen bekannt, sagt Katharina Desery, »doch es ist noch ein langer Weg.« Bis dahin könnte der Aufruf an alle werdenden Mütter lauten: Nehmt eure Rechte gegenüber dieser Geburtsindustrie wahr, fragt nach und vertraut eurer Intuition; denn nur ihr steckt in eurem Körper und fühlt, was das Beste für euch und euer Baby ist.

Links:

<https://www.mother-hood.de>
<https://hilfetelefon-schwierige-geburt.de>
<https://erzaehlfest.net>
<https://www.quag.de>

BERATEN, BEGLEITEN UND BEWEGEN

»Frauengesundheit in eigener Hand«

Mit diesem Slogan forderte die Frauengesundheitsbewegung von Beginn an die Selbstbestimmung der Frauen über ihren Körper und verband sie mit einer Kritik an der Medikalisierung weiblicher Lebensphasen, wie sie auch im Beitrag oben thematisiert wird.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Die Frauengesundheitsbewegung entstand um 1970 in den USA im Rahmen der zweiten Frauenbewegung, für die Verhütung und Schwangerschaftsabbruch von Anfang an zentrale Themen waren. Erste Beratungsstellen vermittelten den Frauen Wissen über den eigenen Körper und ermutigten sie, sich als Expertinnen für ihren eigenen Körper zu definieren. Diese Selbstermächtigung war und ist bis heute notwendig, denn nicht nur Medizin und Pharmaindustrie, auch Verwaltung und Politik greifen im Zuge der Bevölkerungspolitik auf den weiblichen Körper zu. Bis heute ist der weibliche Körper ein »öffentlicher Ort«, wie es Barbara Duden in ihrem gleichnamigen Buch nennt. Das erste Frauengesundheitszentrum (FGZ) in Deutschland entstand 1974 in Berlin, das erste in Österreich 1993 in Graz. Neben Beratung, Begleitung und Information ist politisches Lobbying eine wichtige Aufgabe.

Erster Erfolg: der Beipackzettel

Eines der ersten Themen war die Hormonbehandlung der Frauen ausgehend von der Erfindung der »Pille«. Die Frauengesundheitsbewe-

gung deckte auf, dass diese nicht so harmlos war, wie behauptet – und wohl hauptsächlich für Männer praktisch. Sie setzte durch, dass Informationen über Nebenwirkungen der Packung beigelegt werden mussten und legte damit den Grundstein für den heute selbstverständlichen »Beipackzettel«. Außerdem wurde auf ihr Bestreben der Östrogengehalt der Pille reduziert. Auch die undifferenzierte Hormongabe an Frauen nach der Menopause, ohne auf die Wünsche und Bedürfnisse der Frauen einzugehen, wurde und wird kritisiert. Ganz normale Dinge im Lebenslauf einer Frau wie Menstruation, Schwangerschaft, Geburt oder Menopause werden als medizinische Probleme betrachtet, sie werden »medikalisiert« und damit der Selbstbestimmung der Frauen entzogen.

Sexuelle Selbstbestimmung

Die Frauenbewegung war es auch, die als erste weibliches Begehren und weibliche Lust thematisierte. Frauen begannen die Bedingungen für die Befriedigung ihrer Lust nicht nur zu erforschen, sondern auch einzufordern. Es war in diesem Rahmen, dass die Klitoris als Organ der weiblichen Lust überhaupt erst bekannt wurde – bis heute wird sie in Schulbüchern und medizinischen Lehrbüchern gar nicht oder nur unvollständig dargestellt. Zur Unterbelichtung weiblicher Sexualität im medizinischen Diskurs gehört auch, dass Frauen nach der Menopause oft viel zu schnell die Entfernung der Gebärmutter empfohlen wird, weil sie »ohnehin nicht mehr gebraucht würde«. Immer wieder wird der

Frauenkörper auf seine Gebärfunktion reduziert. Die derzeit heftig diskutierte Pränataldiagnostik folgt ebenfalls diesem Muster und ist daher ein neues, wichtiges Thema in der Beratung. FGZs bieten in diesen Fällen auch die Begleitung zum / zur Gynäkologen/in an.

Ganzheitlicher Gesundheitsbegriff

Ebenfalls bis heute aktuell ist das Thema (sexualisierte) Gewalt an Frauen. FGZs engagieren sich bei der Forderung nach Frauenhäusern und setzen sich für Gewaltschutzmaßnahmen ein. Das FGZ in Graz etwa bot in einem Pilotprojekt Fortbildung für Mitarbeiter*innen steirischer Spitäler an, um sie für das Thema Gewalt zu sensibilisieren, damit sie entsprechende Anzeichen erkennen und adäquat reagieren können.

Vieles hat die Frauengesundheitsbewegung erreicht, vieles ist noch zu tun. Dabei beziehen sich die FGZs auf die ganzheitliche Gesundheitsdefinition der WHO, die nicht die »Abwesenheit von Krankheit« bezeichnet, sondern auch soziale und psychologische Aspekte, sowie politische Rahmenbedingungen umfasst. Daher unterstützen die FGZs alle Forderungen und Aktivitäten, die die Lebensbedingungen der Frauen verbessern und patriarchale Strukturen abbauen wollen.

Links:

www.frauengesundheit.at
www.frauengesundheitszentren.de

ANZEIGE

Solidarität organisieren Mitglied werden!

ROTE HILFE e.V.
 Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Erhältlich auch in gut sortierten Bahnhofsbuchhandlungen

Schwerpunkt 2/2021: Rassistische Repression

info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

SCHWERPUNKT SOLIDARITÄT IST GESUND



GESUNDHEITSVERSORGUNG FÜR ALLE

Medizinische Airbags

»Medibüros« helfen Menschen ohne Krankenversicherung, die ärztliche Hilfe brauchen. Drei Freiwillige des Lübecker Büros erzählen, warum das im 21. Jahrhundert noch nötig ist.

FRIEDERIKE GRABITZ, LÜBECK

Lisa (Name geändert) geht durch die Eingangshalle eines weißen Renaissance-Hauses in Lübecks Innenstadt, im Hinterhof explodiert das Grün der Sträucher und Bäume. Ein Wegweiser kennzeichnet rechts, im Hinterhaus, das Büro des Integrationscenters der AWO. Hier hat die Schwarzafrikanerin aus Uganda einen Termin mit zwei Mitarbeiterinnen des »Medibüros Lübeck«, das die Räume für seine Sprechstunden mitnutzt.

Es ist ein schwieriger Gang für die junge Frau. Sie ist im siebten Monat schwanger und hat keine Ahnung, wie und wo sie ihr Kind bekommen soll. Sie hat keine Frauenärztin und war noch bei keiner einzigen Vorsorge-Untersuchung – denn sie hat keine Krankenversicherung.

Lisa hat weder deutsche Papiere noch einen Status als Geflüchtete. Um eine Sozialversicherung zu bekommen, müsste sie sich an die Sozialbehörden wenden. Doch diese wären nach Paragraph 87 des Aufenthaltsgesetzes verpflichtet, sie den Ausländerbehörden zu melden. Dann droht ihr im schlimmsten Fall die Abschiebung aus Deutschland. Und weil ihr deutsches Visum bereits abgelaufen ist, wäre selbst eine Heirat riskant: Dafür müsste sie sich von den Behörden registrieren lassen, was ein Strafverfahren wegen ihres illegalen Aufenthalts im Land auslösen kann.

Netzwerk ehrenamtlicher Mediziner*innen

Ihr Glück war, dass ihr deutscher Partner von der Existenz des »Medibüros« wusste. Solche Büros gibt es in unterschiedlicher Form in den meisten Städten, die einen Medizin-Studiengang haben. Die Freiwilligen des Netzwerks beraten die Betroffenen, vermitteln sie an ein Netzwerk von Ärzt*innen, die sie zumeist gratis behandeln, und machen mit ihnen Behördengänge, um ihren Status zu klären – wenn möglich. Bei Bedarf suchen sie eine Arztpraxis für spezielle Erkrankungen oder fragen pensionierte Ärzt*in-



▲ Beraten Menschen ohne Krankenversicherung: Julia Helm (l.) und Isabel Horbaschk (nachgestellt).

Foto: Friederike Grabitz

nen, ob sie kostenlos helfen. Außerdem setzen sie sich politisch dafür ein, dass ihre Arbeit eines Tages überflüssig wird (siehe Kasten).

Für Beratungen brauchen sie oft die Unterstützung von Dolmetscher*innen, wenn ihre Klienten nicht oder nur wenig Deutsch sprechen. Lisa, die seit zweieinhalb Jahren in Deutschland lebt, hat ihren Freund als Sprachmittler dabei. Die beiden Medizin-Studentinnen, die Lisa beraten, füllen zuerst einen Anamnese-Bogen aus: Wie ist ihr allgemeiner Gesundheitszustand, was braucht sie und was ist nötig, um zu helfen? So schnell wie möglich vermitteln sie Lisa an eine Frauenarzt-Praxis, die mit dem »Medibüro« zusammenarbeitet. Dann suchen sie eine Klinik, die sie bei der Geburt unterstützt. Aus Spendengeldern haben sie für ihre Arbeit einen engen Kostenrahmen von 200 Euro pro Klient*in. Alles, was darüber geht, muss extra beantragt werden.

»Schwangerschaften sind besonders aufregend für uns«, erzählt Lea Schwerin, die seit einem Jahr im »Medibüro« arbeitet. Das liegt auch daran, dass die meisten Schwangeren sich erst kurz vor der Geburt Hilfe holen, »denn der

Gang zu uns ist für sie nicht leicht«. Gleichzeitig muss vor einer Geburt besonders viel organisiert werden, zum Beispiel, damit das Kind von Anfang an krankenversichert ist.

Eine halbe Million Betroffene

Dass es in Deutschland Menschen wie Lisa gibt, die durch das Raster der medizinischen Versorgung fallen, ist noch wenig bekannt. Dazu kommen Obdachlose ohne Papiere, Selbständige, die privat versichert waren und die Beiträge nicht mehr bezahlen konnten, oder Reisende, wie eine junge Portugiesin, die wegen Corona nicht wie geplant nach Hause fliegen konnte. Die meisten Klient*innen sind Immigranten ohne geregelten Status. 2014 schätzte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ihre Zahl auf 180.000 bis 520.000 Menschen. Inzwischen dürfte die Zahl deutlich höher liegen.

»Diesen Monat haben wir zehn Patienten vermittelt, manchmal sind es auch nur zwei«, sagt Lea Schwerin. Sie glaubt aber, dass viele Betroffene das Medibüro gar nicht kennen. »Die

Menschen finden uns viel über Hörsagen oder über die Vermittlung durch Beratungsstellen«, erzählt ihre Kommilitonin Julia Helm.

Deshalb sucht das Medibüro Freiwillige auch außerhalb der medizinischen Fakultät, beispielsweise zur Betreuung des Online-Auftritts, für die Buchhaltung oder um seine Arbeit noch bekannter zu machen. Medibüro-Mitarbeiterin Isabel Horbaschk hat als Freiwillige schon viel gelernt. Zum Beispiel hat sie Sprachpraxis in Französisch bekommen: »Ich bereite mich auf ein Auslandssemester vor und habe mich deshalb gefreut, dass ich Sprechstunden auf Französisch abhalten konnte«, erzählt sie. Der Patient, den sie dabei betreut hat, leidet unter chronischen Hüftschmerzen. Wirklich helfen konnte sie ihm bisher nicht, »er wird irgendwann eine neue Hüfte brauchen«, sagt sie. Wenn es so weit ist, hofft sie, wird das Medibüro nicht mehr nötig sein, weil es dann für Menschen wie ihn ein staatliches Hilfenetz geben wird.

Links:

<http://gesundheit-gefluechtete.info>
<https://www.medibuero-luebeck.de>

Kampagne »Gleichbehandeln«

Jeder Mensch hat per Gesetz das Recht auf ärztliche Behandlung. Trotzdem können zahlreiche Menschen, die ohne Aufenthaltsstatus in Deutschland leben, nicht zum Arzt. Das kritisiert die Kampagne »Gleichbehandeln« und erklärt, dass das Sozialamt bei einer Kostenübernahme der Behandlung verpflichtet ist, die Daten an die Ausländerbehörde zu übermitteln (§ 87 Aufenthaltsgesetz). Damit würden den Betroffenen die Abschiebung drohen.

Hinter der Kampagne steht ein breites Bündnis aus Organisationen wie Ärzte der Welt, Amnesty International und Pro Asyl sowie Flüchtlingsräten und Medibüros aus ganz Deutschland. Mit ihrer Petition wollen sie die Übermittlungspflicht einschränken und allen Menschen – unabhängig ihres Status – ermöglichen, ohne Angst zum Arzt zu gehen.

Link: <https://gleichbehandeln.de/>

RAUS AUS DEM KRANKEN GESUNDHEITSSYSTEM

Gesundheit braucht die ganze Gemeinde

Rosa Maria Eglseer ist seit 38 Jahren im Pflegeberuf in unterschiedlichsten Rollen tätig. Vor 14 Jahren hat sie sich in der Gesundheitsförderung selbständig gemacht, weil sie »aus den kranken Systemen rauswollte«, und hat nun eine Plattform für zukünftige »Community Health Nurses« geschaffen, damit diese österreichweit in Gemeinden tätig werden können. Das Interview für CONTRASTE führte Brigitte Kratzwald, Redaktion Graz.

Gleich zu Beginn, was ist eine Community Health Nurse?

International gibt es unter dem Dachbegriff »public health nurse« verschiedene Berufsfelder, etwa die Community Nurse, die für Krankenpflege zuständig ist, es gibt School Nurses, Family Nurses, Palliativ Nurses oder eben die Community Health Nurse, die sich den Themen Gesundheitspflege, Prävention und Vorsorge widmet. Unser Gesund-

heitssystem setzt eigentlich erst an, wenn jemand krank ist und versucht dann zu reparieren. Mir ist es wichtig, bei der Gesundheit anzusetzen.

Warum braucht es die Community Health Nurse zusätzlich zum bestehenden Gesundheitssystem? Was ist das »Kranke« am System, von dem Sie weg wollten?

Das kann ich am besten an einem Beispiel erzählen: Wir hatten in der mobilen Altenhilfe eine Dame, die schon seit Jahren im Bett lag, kaum mehr bei Bewusstsein war, künstlich ernährt wurde. Mit einem jungen Team haben wir es durch aktivierende Pflege innerhalb von drei Monaten geschafft, dass die Frau wieder am Tisch sitzen konnte und Wiener Schnitzel gegessen hat. Das war für uns ein so großer und berührender Erfolg, und in meiner Euphorie habe ich das meinem Geschäftsführer erzählt. Seine Antwort war: »San's net ganz dicht? Sie können doch nicht eine Klientin von Pflegestufe sieben auf Pflegestufe vier reduzieren, dafür bekommen wir weniger Geld und haben mehr Aufwand!« Für eine Pflegekraft, die in der Schule lernt, dass sie Menschen helfen soll, wieder selbständig zu werden, ist das extrem frustrierend. Sobald du in dem industriellen Fließband drinnen bist, musst du funktionieren als Patient und als Pflegeperson.

Wer ist das »Wir«, von dem Sie sprechen und was ist genau euer Aufgabenbereich?

Ich bin die Initiatorin des Projekts und habe ein Team von Mitarbeiterinnen. Unser Konzept besteht aus vier Säulen:

1. Hilfe zur Selbsthilfe, etwa pflegende An- und Zugehörige zu schulen und zu empowern.
2. Vernetzen und koordinieren: Für pflegende Angehörige ist es sehr schwierig, erstens überhaupt zu wissen, was sie brauchen könnten und sich dann zweitens in dem Dschungel an Angeboten zurechtzufinden. Wir versuchen aber auch ehrenamtliche Beteiligung zu aktivieren.
3. Vorsorge, um selbstbestimmt leben zu können in jedem Alter.
4. Gesundheitsförderung – damit die gesunden Lebensjahre steigen.

Wir sprechen zum Beispiel Menschen an, die gerade in Pension gehen und holen sie proaktiv in die Gesellschaft hinein, bevor sie sich in die Einsamkeit zurückziehen. Gebraucht werden, einer sinnvollen Tätigkeit nachgehen – das ist die beste Gesundheitsprävention.

Hier setzt ja auch die Idee der Vitalen Gemeinde an, oder? Wie hängen diese beiden Konzepte miteinander zusammen?

Das Konzept für die Vitale Gemeinde haben wir 2016 nach meiner Dissertation entwickelt, in der sich herausgestellt hat, dass in Gemeinden mit großer Bürgerbeteiligung automatisch auch die Pflege- und Betreuungsqualität besser ist. Darum versuchen wir, die Menschen in der Gemeinde zu aktivieren, ihre Projekte umzusetzen. In unserer Pilotgemeinde Zwentendorf haben wir BürgerInnen zu ProjektleiterInnen ausgebildet, damit sie ihre Projekte umsetzen können. Daraus ist ein Generationencafé entstanden, das von Jung und Alt frequentiert

wird. Dort ist auch die Bibliothek, es gibt eine Strickrunde, in der ich als Community Health Nurse zum Beispiel Erstberatung in Bezug auf Demenz mache. Da ist ein ehemaliger Englischlehrer, der unterstützt Kinder beim Lernen, es gibt ein Reparaturcafé, da können Ältere Jüngeren zeigen, wie man eine Kaffeemaschine repariert und Junge den Älteren mit ihren elektronischen Geräten helfen. Solche Dinge sind ganz wichtig in einer ganzheitlichen Perspektive auf Gesundheit. Da 39 Prozent der Bevölkerung bereits über 60 Jahre alt sind, setzen wir vorwiegend dort an, weil wir dort die größte Wirkung erreichen können.

Muss eine Community Health Nurse immer freiberuflich tätig sein oder kann sie auch von einer Gemeinde angestellt werden?

Möglich sind drei Modelle: Sie kann entweder von der Gemeinde angestellt werden, von einem Wohlfahrtsträger oder freiberuflich arbeiten. Für uns hat sich gerade in der Pandemie gezeigt, dass die Freiberuflichkeit Vorteile hat. Da sind die Versorgungslücken sichtbar geworden, die Pflegeheime haben dicht gemacht, Ärzte waren nicht erreichbar, die 24-Stundenbetreuer*innen durften nicht ins Land. Alle Organisationen bekommen die Regeln von oben. Ich als Freiberuflerin war die einzige, die dort hinfahren konnte, wo Not am Mann oder der Frau war, und konnte unterstützen.

Links:

community-health-nurse.at
vitalgemeinde.at

ANZEIGEN

Gemeinsam die Welt verbessern?
 Genossenschaft gründen!
www.genossenschaftsgruendung.de
 Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.
 Baumeisterstr. 2 · 20099 Hamburg · Tel. 040-2 35 19 79-0

FÜR EINE SOZIALE REVOLUTION

Die neokoloniale Illusion wirksamer Klimapolitik

Auf einer Fahrrad-Demonstration über die Autobahn in Bremen hielt unser Autor den folgenden Redebeitrag. Die Demonstration war Teil der bundesweiten Aktionstage für eine Mobilitätswende vom 4. bis 6. Juni.

JOHANN BERGMANN, BREMEN

In diesem Beitrag geht es mir darum aufzuzeigen, dass wir das Stoppen der Erderhitzung und ein gutes Leben für alle selbst in die Hand nehmen müssen. Es bringt nichts, darauf zu warten, dass die Politiker*innen handeln. Ihr Handeln wird den Anforderungen nie gerecht. Es ist immer neokolonial und fördert die Großkonzerne, die bis heute von der Zerstörung der Lebensgrundlagen auf der Erde profitieren. In der Regel ist diese Politik dazu noch anti-sozial, belastet auch hierzulande die Armen.

Rot-Rot-Grün in Bremen zeigt das mit seiner Politik deutlich auf. Der größte Haushaltsposten ist die Sanierung des Flughafens. Die Koalition produziert mit ihrer Verkehrspolitik immer mehr Autoverkehr. Baumaßnahmen wie der Ausbau der A1 auf bis zu acht Spuren, die Fertigstellung des Autobahnringes um Bremen mit der A28 und dem Wesertunnel sind dazu wichtige Schritte. Auf der anderen Seite stehen einige groß beworbene kleine Schritte für Radverkehr und Verkehrsberuhigung.

Europaweit sind es die Förderung des Elektro-Autos und die smarte Mobilität, also das selbstfahrende Auto, ein Groß-Projekt zur Überwachung, die Europa zur Klimaneutralität verhelfen sollen. Aber: Elektro-Autos machen Städte leiser, vermindern die Feinstaubbelastung, tragen aber nichts zum Klimaschutz bei. Das selbstfahrende Auto wird unter anderem den Energieverbrauch deutlich steigern.

Bremens Rot-Rot-Grün ist darüber hinaus Impulsgeber für die Verpflichtung, bei allen Neubauten bessere Dämmung und Solarpanels vorzuschreiben. Das soll jetzt auch bundesweit Gesetz werden.

Vor einem Monat legten EU-Kommission, Verfassungsgericht und Bundesregierung sogenannte Meilensteine der Klimapolitik vor, Klimaneutralität bis 2050/2045. Die taz lobt die Bundesregierung als ehrgeizig und als Umwelt-Turbo der CDU. Wird hier der Wendepunkt fürs Klima eingeleitet?

Die Propaganda erzählt uns, dass die Industriestaaten ihren CO₂-Fußabdruck deutlich verringern. 1990 betrug der CO₂-Ausstoß der BRD 1.252 Millionen Tonnen. Bis 2019 wurden 400 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß eingespart. Ein Viertel davon entfällt auf die ersten beiden Jahre, die Abwicklung der DDR.

Weniger produzieren, aber mehr verbrauchen

Den größten Einfluss haben Verlagerungseffekte. Sie sind Ergebnis des Umbaus der Industriegesellschaft. Vielfach wurde Produktion, in den 1970ern beginnend, verstärkt ab Mitte der 1980er, in den reichen Ländern abgebaut und in den Globalen Süden verlagert. Die BRD hat zum Beispiel von 1980 bis 2015 ihre extrem klimaschädliche Aluminium-Produktion fast halbiert, ihren Verbrauch aber extrem gesteigert. Sie ist mit 40 kg Aluminium pro Kopf Weltmeister im Verbrauch. Die CO₂-Emissionen dafür werden aber Ländern wie der VR China oder Mosambik angerechnet.

Eine Studie von 2011 kam »zu dem Ergebnis, dass der Anstieg der Emissionen aus Gütern, die in Entwicklungsländern produziert, aber in Industrieländern konsumiert werden, sechsmal größer war, als die Emissionseinsparungen der Industrieländer.«



▲ Die Abschlusskundgebung der Raddemo in Bremen am 5. Juni 2021 fand auf dem Marktplatz statt – zeitgleich mit dem lokalen Klimacamp.

Foto: Johann Bergmann

rungen der Industrieländer«. Das ist der »Rich-Country-Illusion-Effect«.

Die VR China lagert auch einiges ihrer Klimabelastung aus. China produziert und verbraucht gut die Hälfte des weltweiten Zements und Stahls. Damit baut die VR China als Niedriglohn-Standort eine Infrastruktur auf, die wesentlich auf den Weltmarkt, auf die Versorgung der reichen Industriestaaten ausgerichtet ist.

Extraktivismus auf dem Rücken der Indigenen und Armen

Der Globale Süden ist seit der Kolonialzeit vor allem Rohstoffexporteur. Ein Viertel der CO₂-Emissionen Kolumbiens zum Beispiel entfallen heute auf den Export von Erdöl und Kohle, zwei Produkte des extraktivistischen Rohstoffsektors. Sie belasten Kolumbiens CO₂-Bilanz, nicht die der Importeure, wie zum Beispiel der BRD. Zum Export gehören viele Hunderte Morde, unzählige Vertreibungen, Vergiftungen usw. Die große Kohle-Mine Cerrejón verbraucht täglich 17 Millionen Liter Wasser. Für die Menschen und ihre Landwirtschaft in der Region bleiben so nur ca. 0,7 Liter pro Person. Der größte Fluss der Region, der Arroyo Bruno, soll umgeleitet werden. Damit verlorene 30 indigene Wayúú-Gemeinschaften ihre letzten Wasser-Zugänge. Wayúú-Frauen kämpfen gerade dagegen. Überall im Globalen Süden wird der Extraktivismus für unseren Wohlstand auf dem Rücken von Indigenen und Armen durchgeführt.

Der neuerliche Umbau der Industriegesellschaft in Richtung Erneuerbare Energien und Klimaneutralität wird den Extraktivismus in andere Rohstoff-Bereiche verlagern und sogar noch verschärfen. Eine Studie von Tobias Kind et al von 2018 berechnete: »Für eine äquivalente installierte Erzeugungskapazität werden für Solar- und Windsysteme bis zum 15-mal mehr Beton, 90-mal mehr Aluminium und 50-mal mehr Eisen, Kupfer und Glas benötigt als für konventionelle Energiesysteme.« Die Steigerung des CO₂-Ausstoßes über den sich ausdehnenden Bergbau und die damit verbundene Land-Umnutzung wird wesentlich den Ländern

des Globalen Südens in Rechnung gestellt. Der weltweite CO₂-Ausstoß steigt weiter. Die reichen Industriestaaten aber können sich als »klimaneutral« feiern.

Einfach weitermachen wie bisher

Der Propagandabegriff Klimaneutralität ist wichtig dafür, dass das möglich wird. Klimaneutralität bedeutet nicht, dass keine Klimagase ausgestoßen werden. Sie können auch vollständig kompensiert werden. Die zweite Möglichkeit reiht neokoloniale Hintertüren weit auf. Die wichtigsten sind CDM und Redd+. CDM ermöglicht es Unternehmen, ihren CO₂-Verbrauch durch Investitionen im Globalen Süden klein zu rechnen. Redd+ soll Länder des Globalen Südens dafür belohnen, dass sie Wälder schützen und damit CO₂-Emissionen vermindern. Konzerne können also dank CDM und Redd+ einfach weitermachen wie bisher. Die rein rechnerischen CO₂-Einsparungen werden dann im Globalen Norden gutgeschrieben.

Das dritte Mittel, das wesentlich zur Klimaneutralität beitragen soll, sind Großtechnologien, die teils noch in der Entwicklung stecken: CO₂ soll aus Luft und Kraftwerken abgeschieden und unter der Erde verpresst werden. Das kann eine tödliche Falle werden, weil das CO₂ wieder austritt. AKWs, Eisendüngung des Meeres und noch destruktivere Methoden des Geo-Engineering gehören auch dazu. Alle diese Maßnahmen haben sehr große Risiken, die wir im Band 2 von unserem Buchprojekt »Befreiung vom Geld und Eigentum« diskutiert haben.

Die globale Ausbeutung muss beendet werden

Alle politischen Parteien, bieten uns also nur den Schein von Veränderung an. Die Destruktivität des warenproduzierenden Patriarchats bleibt. Schon der Anarcho-Kommunist Kropotkin schrieb 1901: »Repräsentative Demokratie entspricht der Herrschaft des Kapitals.« Über Wahlen kann deshalb höchstens eine Modernisierung des Herrschaftssystems erreicht werden, wie es die

Grünen mit dem »Green New Deal« oder die CDU mit dem »Green Deal« versprechen.

Das Gute Leben für Alle weltweit, ein Ende des Artensterbens, der Erderhitzung oder auch die Reduzierung der Wahrscheinlichkeit zukünftiger Pandemien erfordert die Überwindung der herrschenden Ordnung. Kropotkin schrieb bereits 1892, dass mit einer sozialen Revolution sofort die globale Ausbeutung beendet werden muss, der damit verbundene Ressourcenzufluss beendet wird und den Menschen des Globalen Südens damit »gestattet« wird, sich selbst zu emanzipieren.

Juli, eine Aktivistin von Ende Gelände schreibt: »Die Ausbeutung unseres Planeten funktioniert nach denselben Prinzipien wie die Ausbeutung von Menschen. Darum können wir das eine nicht ohne das andere abschalten. Und das bedeutet nicht weniger als das gesamte patriarchale, kapitalistische Getriebe aus den Angeln zu heben.«

Es kann keinen Masterplan für den Aufbau einer herrschaftsfreien Re-Produktion geben. Aber: Eigentum, Geld und Warenverhältnisse als Triebfedern der Zerstörung müssen entsorgt werden. Und, wie DeCOALonize Europe 2019 schrieb: »Um unsere Vorstellungen von einem guten Leben zu dekolonialisieren, müssen wir von dekolonialen Konzepten lernen.«

Im Abschnitt »Die utopische Perspektive« im noch unveröffentlichten Band 5 unseres Buchprojektes »Befreiung vom Geld und Eigentum ... und warum das noch lange nicht reicht« formulieren wir Grundzüge einer offenen Utopie. Eine offene Utopie, die im Sinne des zapatistischen »Eine Welt, in die viele Welten passen« auf lebendige Vielfalt setzt.

Die Zeit von Mobilität per Auto und Flugzeug geht zu Ende, wenn es weiter ein vielfältiges Leben auf der Erde geben soll. Dazu brauchen wir den vollständigen Bruch mit den herrschenden Verhältnissen.

Buchprojekt »Befreiung vom Geld und Eigentum«: <https://befreiungvomgeldundeigentum.blackblogs.org>

Lesst dazu auch den Artikel auf Seite 3.

Aufruf von Ende Gelände in Bremen

»Der Verkehrssektor ist für 20 Prozent aller Emissionen verantwortlich und gehört zu den großen Klimakillern in Deutschland. Dabei ist klar: Die CO₂-Emissionen müssen in allen Bereichen deutlich reduziert werden, wenn wir den Klimakollaps noch verhindern wollen. Wir brauchen eine echte Verkehrswende jetzt! Und doch sehen wir, dass überall Autobahnen neu- und ausgebaut werden, als gäbe es kein Morgen.

Dem stellen wir uns am Aktionswochenende für die Mobilitätswende am 5. Juni an vielen Orten entgegen – auch in Bremen. Denn auch hier stehen die Bagger und Maschinen für einige Autobahn-Großprojekte schon in den Startlöchern. Die beiden letzten Bauabschnitte der innerstädtischen Autobahn A28 und der Bau eines neuen Wesertunnels stehen auf der Agenda und schließlich soll die A1 vom Bremer Kreuz bis Brinkum auf acht Spuren erweitert werden. Und dann ist da auch noch das wohl klimaschädlichste Autobahnbauprojekt überhaupt: Die neue Küstenautobahn A20, die südlich von Bremerhaven verlaufen soll und für die großflächig Moore und Wälder zerstört würden.«

ANZEIGE

espero

Die undogmatisch-libertäre Zeitschrift
Neue Folge – Nr. 3 | Juli 2021 | 310 Seiten

Themen: Gelebte Anarchie der Mbuti in Afrika | Anarchismus und Recht | Sozialrevolten in West-Ungarn | Louise Michel und ein Flüchtlingsschiff ihres Namens | Gustav Landauer zum Verhältnis Mensch-Tier-Natur | Alte und neue Debatten zum Kronstädter Aufstand 1921 | Anarchistische Organisationen im postsowjetischen Belarus | Der belgische Anarchist und Künstler Albert Daenens (1883-1952) | Rückblick auf Provo und Anarchismus | Was wurde aus dem anarchistischen Jahrhundert? | Empörung, Verzweiflung, Zynismus, Resignation ...

Kostenlos zum Download unter:
www.edition-espero.de

FEMINISTISCHE RECHTSTHEORIE UND -PRAXIS

Von einer Grenzgängerin

Jutta Bahr-Jendges legt mit ihrem Buch »Von Grenzgängen einer feministischen Anwältin« eine lesenswerte Autobiografie vor, sie selbst nennt sie Romanautografie. Die Juristin gehörte zu den ersten weiblichen Notar*innen und ist eine überregional bekannte - und streitbare - Pionierin der feministischen Rechtstheorie und -praxis.

BERND HÜTTNER, REDAKTION BREMEN

Die 1943 geborene Juristin nennt sich im Buch Clara und schreibt in der dritten Person. Das Leben Claras wird im übertragenen Sinne durch fünf Geburten abgegrenzt und strukturiert, die jeweils neue Lebensabschnitte markieren: Die biologische Geburt; den Beginn des Studiums bzw. den Eintritt in die wissenschaftliche und dann auch linke Welt 1964 in Tübingen; drittens den Beginn der (Lohn-)Arbeit als politische Strafverteidigerin 1974 in Bremen, und das bald beginnende, starke Engagement in der Frauenbewegung; die vierte dann, als sie sich entschließt, nur noch mit und für Frauen juristisch im Familien- und Strafrecht tätig zu sein, sich beruflich etabliert und 1989 noch Notarin wird; die fünfte schließlich als sie 2013 mit 70 Jahren die Altersgrenze für Notar*innen erreicht und fünf Jahre später endgültig ihr Erwerbsleben beendet.

Diese Rahmendaten sind klassisch gesetzt: linke Sozialisation in der Studentenrevolte, Strafverteidigerin für RAF-Gefangene, Frauenbewegung, 1983 Gründung der feministischen Rechtszeitschrift STREIT, wo sie 35 Jahre in der Redaktion mitarbeitet. Sie ist an der Gründung der ersten Frauenkanzlei und des ersten Frauenhauses in Bremen beteiligt,

1978 findet das erste Jurafrauentreffen statt, aus dem später der noch heute jährlich stattfindende Feministische Juristinnenstag wird. Die Gleichstellungspolitik beginnt und auch die Sichtbarmachung und Bekämpfung häuslicher Gewalt.

Was das Buch besonders macht, ist die Verbindung und Verflechtung juristischer (und politischer) Betrachtungen mit der Tiefe der persönlichen Reflexionen – auch wenn diese »Geschichten« manchmal seltsam unscharf bleiben. So oder so hat Bahr-Jendges ein umfangreiches, lesenswertes, persönliches Buch geschrieben.

Zwei Bereiche seien näher herausgegriffen: Die Bedeutung der eigenen Herkunft, und damit für die Generation der Kriegskinder unmittelbar verwoben, die des Zweiten Weltkrieges und des Nationalsozialismus.

Bahr-Jendges wächst mit einer geschiedenen Mutter unter auch sonst für sie im Rückblick sehr unklaren Familienverhältnissen am Niederrhein auf, ihr leiblicher Vater ist abwesend und bis zu seinem Tod in den 1970er Jahren ein bekennender Nazi. Allein die räumliche Nähe zu den Niederlanden ist einer der vielen Grenzgänge, die Bahr-Jendges in den Titel ihres Buches aufnimmt, ihre unklare Klassenherkunft ein weiterer.

Sie ist also, wie viele 68er*innen erst im Nachhinein merken, ein Täterkind. Das Verhältnis zu ihrer eigenen, mit Absicht einen Tag nach Führers Geburtstag (irgendwann Ende der 1970er Jahre) geborenen Tochter ist ambivalent und schwierig. Diese lebt später selbst alleinerziehend mit ihrer Tochter und wendet sich – zumindest phasenweise – dem Islam zu. Der leibliche Vater von Bahr-Jendges Tochter begeht Suizid. Väter und Männer

sind in dieser Familiengeschichte aus unterschiedlichen Gründen abwesend. Transgenerationale Wiederholungen dieses Musters zeigen sich par excellence. Diese Prägungen führen dazu, dass Bahr-Jendges, wie viele Kriegskinder immer wieder auch unter widrigen Bedingungen erstaunlich viel Kraft für Engagement schöpfen kann. Sie geht zwar verschiedene Partnerschaften ein, zuerst mit Männern, dann mit Frauen, merkt aber bald, dass sie nicht für Paar-Sein geschaffen ist.

Das Buch enthält aber nicht nur Familiengeschichte, sondern weist immer wieder auf gesellschaftliche, juristische, ethische und philosophische Fragestellungen hin. So ist am Ende ihres Buches auch Resignation zu spüren, etwa angesichts von Femiziden oder der Gewalt und Allmacht des globalen Kapitalismus, der sprichwörtlich »alles« zur Ware macht – und das nach Jahrzehnten der Frauenbewegung und linken Kapitalismuskritik.

So ist auch hier wieder besonders interessant, dass Bahr-Jendges beschreibt, wie sie als 68erin die nachfolgenden Generationen von Feministinnen erlebt, die die Kämpfe der 1970er und 1980er Jahre nur aus Erzählungen und Geschichtsbüchern kennen. Vieles ist und wird ihr fremd. Sie ist zum Beispiel gegen das gerichtlich angeordnete Wechselmodell (gewesen), da dies zu Lasten der Frauen gehe und primär das Ziel habe, die alleinige Sorge der Frauen auszuhebeln. Eine Position, die umstritten sein dürfte.

Vieles was die Pionierinnen des feministischen Rechtswesens gefordert und untersucht haben, hat aber bis heute Bestand. Sie und andere haben sich mit dem unterschiedlichen



▲ Die Rechtsanwältin Jutta Bahr-Jendges ist eine Pionierin der feministischen Rechtstheorie und -praxis. Foto: Joanna Kosowska

Strafmaß (bei so genannten »Partnerschaftsdelikten«) bei Mord zwischen Männern und Frauen beschäftigt. Resultat: Frauen werden stärker bestraft, wenn sie ihren (Ex-)Partner töten, als umgekehrt.

Zusammengefasst eine beeindruckende Biografie einer »68erin« und

Feministin und ebenso ein Dokument über die Bedeutung von Geschichte und der von Familiengeschichte.

Jutta Bahr-Jendges: Von Grenzgängen einer feministischen Anwältin; Ulrike Helmer Verlag, Roßdorf 2020, 440 Seiten, 30 Euro

GUTES AUF DIE OHREN - PODCAST-EMPFEHLUNGEN



Podcasts sind divers, Podcasts sind persönlich, Podcasts sind unabhängig, Podcasts machen sichtbar. Ohne an monetarisierte Plattformen gebunden zu sein, ohne redaktionellen Rahmen, ohne Einmischung von außen: Ein Podcast kann politische Theorie erklären, marginalisierte Lebenserfahrungen beschreiben, Diskriminierung anprangern und kritische wie konstruktive Lösungsansätze aufzeigen. Alle zwei Monate stellen wir euch hier einen hörensweisen Podcast vor – natürlich links, natürlich kritisch.

WORUM GEHT'S?

Es gibt immer mehr Podcasts und Bücher, in denen verschiedenste Menschen ihr Leben und Erleben von Geschlecht und Geschlechterrollen teilen und kritisch hinterfragen. Mal sind diese Perspektiven persönlich und konkret, mal geht es um theoretisch-strukturelle Fragen, die die ganze Gesellschaft betreffen. Letzteres passiert in dem Podcast »Alles für Alle« vom Dissens e.V.. Der Podcast dreht sich um grundlegende Fragen: Welchen Ansprüchen muss eine Person genügen, um weiblich oder männlich zu sein? Wie haben sich unsere Bilder von Weiblichkeit und Männlichkeit im Laufe der Zeit geändert? Was bedeutet es, dass die herrschenden Geschlechterverhältnisse binär und hierarchisch sind? Wie kann ich meine eigene Geschlechtlichkeit reflektieren, um mich und andere von ihren negativen Auswirkungen frei zu machen? Diese Fragen bilden den Ausgangspunkt für das kritische Hinterfragen von Geschlechterrollen. »Im Dissens mit den herrschenden Geschlechterverhältnissen« – so der Untertitel des Podcasts – beleuchten die Moderatorinnen mit ihren Gästen, warum der Status Quo einschränkt und diskriminiert, welche theoretischen Konzepte es gibt, um diese Probleme auf den Punkt zu bringen und welche Lösungen der Feminismus erarbeitet hat.

WER SPRICHT DA?

Der Podcast wird vom Berliner Verein »Dissens – Institut für Bildung und Forschung e.V.« produziert. Als Gegenteil der Übereinstimmung, dem Konsens, beschreibt der Dissens die Meinungsverschiedenheit bzw. die Ablehnung oder die Kritik von Standpunkten. Erklärtes Ziel des Vereins ist es, die bestehende Ordnung nicht als gegeben hinzunehmen, sondern sie kritisch zu hinterfragen und zu verändern. Der Verein arbeitet seit mehr als 30 Jahren in Berlin rund um das Thema Geschlechterverhältnisse. Die Projekte drehen sich dabei zum Beispiel um kritische Männlichkeitsforschung, Jungenarbeit, sexuelle Vielfalt und die Prävention sexualisierter Gewalt. Mit dem Podcast möchte der Verein die Erfahrungen der Mitarbeiter*innen zugänglich machen und ihr geballtes Fachwissen und ihre Positionen dazu nach außen tragen. Sarah Klemm, deren Schwerpunkt auf geschlechterreflektierter Pädagogik und sexueller und geschlechtlicher Vielfalt liegt, und ihre Kollegin Ulla Wittenzeller, die außerdem die Verschränkung von Rassismus und Sexismus untersucht, moderieren die Folgen gemeinsam. Unterstützt werden sie von Kolleg*innen oder Ehemaligen des Vereins.

WIE HÖRT SICH DAS GANZE AN?

Es entsteht ein spannendes Gespräch zwischen Expert*innen, die sich gut kennen und die außerdem viele Jahre beruflicher Kollaboration rund um die besprochenen Themen miteinander verbindet. Der Ton ist entspannt, die Redebeiträge nichtsdestotrotz vollgepackt mit Standpunkten und Erklärungen, die es in sich haben. Die besondere Mischung aus Fachwissen, Meinungen und persönlichen Anekdoten ist perfekt, um tiefer in alle Themen rund um Geschlecht und Geschlechterrollen einzutauchen.

FÜR WEN IST DER PODCAST?

Der Podcast richtet sich an alle, denen Genderthemen nicht fremd sind und die kompetenten Menschen dabei zuhören wollen, wie sie grundlegende Fragen zueinander in Beziehung setzen, große und komplexe Themen präzise auf den Punkt bringen und dabei mit interessanten persönlichen Erfahrungen und klaren Meinungen verschiedene Standpunkte der aktuellen Gender-Debatte besprechen.

Einsteiger*innen in die Themen empfehle ich, sich vor dem Hören ein bisschen über die Grundbegriffe der Debatte schlau zu machen. (Ein

einleitender Artikel mit kleinem Glossar ist unten verlinkt.) Wittenzeller und Klemm beziehen sich immer wieder auf im Feminismus etablierte Konzepte und nutzen Begriffe aus dem akademischen Kontext. Ohne ein gewisses Vorwissen entgehen dem*der Hörer*in unter Umständen wichtige Zusammenhänge. Aber keine Panik, egal mit welchem Wissenstand der*die Hörer*in in den Podcast einsteigt: Erhellend ist er auf jeden Fall. Die Moderatorinnen fassen zwischen durch immer wieder die wichtigsten Punkte des Gesprächs zusammen, sodass der*die Hörer*in auch bei komplizierten Sachverhalten nicht den Faden verliert.

Die ca. 30 Minuten langen Folgen erscheinen in unregelmäßigem Rhythmus, immer drei zu einem Thema. Die ersten beschäftigen sich mit Weiblichkeit, in Folge 4 bis 6 geht es um das Pendant Männlichkeit und die aktuellsten Folgen drehen sich um Nicht-Binarität, also um alles, was drumherum und dazwischen liegt.

Viel Spaß beim Reinhören!

Links:

Podcast auf der Website des Dissens e.V.
<https://www.dissens.de/podcast>
 Kleines Glossar zu den wichtigsten Begriffen des Feminismus vom enorm Magazin
<https://bit.ly/3vHvhv8>

DAS BESTE AUS BEIDEN
KULTUREN

»Eine erkenntnisreiche Lektüre, die im besten Falle dazu beiträgt, unsere eigene Kultur und die unserer zugezogenen Mitmenschen besser zu verstehen, uns besser in andere hineinzuversetzen und somit hoffentlich unser Zusammenleben einen großen Schritt voranzubringen«, das wünscht die Kölner Ex-Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes in ihrem Grußwort in der Broschüre »Das Beste aus beiden Kulturen«, herausgegeben von »Pro Humanitate e.V.«. Im Auftrag des Internationalen Vereins für Frieden und Gerechtigkeit sind achtzehn Mütter und Töchter mit jesidischen, marokkanischen, gambischen, somalischen, kurdischen, ukrainischen, persischen, bulgarischen und italienischen Wurzeln im Zeitraum von Oktober 2019 bis Juni 2020 zu ihrer Migrationsbiografie, dem beruflichen und privaten Alltag, ihrem Familienleben und der Sicht auf die Mutter beziehungsweise die Tochter befragt worden. Die Mütter sind anders als die meisten ihrer Töchter alle nicht in Deutschland geboren.

In komprimierten und dennoch sehr berührenden Darstellungen erfahren wir teils leidvolle, teils erfreuliche Details aus den Biografien der Frauen und Mädchen. So hofft Delila aus Iranisch-Kurdistan nach eigenen Gewalterfahrungen in ihrer aufgezwungenen Ehe, dass ihre 17-jährige Tochter Dlara studieren und auf eigenen Beinen stehen wird – offenbar berechtigt, denn diese erklärt stolz, sie spreche fließend Deutsch, Persisch und Kurdisch. »Das Beste aus den Kulturen nehme ich für mich raus. Deshalb lebe ich nicht zwischen zwei Kulturen, sondern in zwei Kulturen.« Ihr Berufswunsch: Architektin. Das Thema Bildung wird von allen Befragten beider Generationen ganz groß geschrieben.

Die unglücklichste Erfahrung mit hiesigem Rassismus schildert die 18-jährige Romni Mikaela aus Bulgarien: »Ich hatte jahrelang keine Freunde und war immer alleine. Erst in der 10. Klasse hatte ich das Gefühl, hier angekommen und akzeptiert zu sein.« Ganz im Gegensatz zur 20-jährigen Malaika aus Somalia, die erklärt: »Das Leben hat für mich erst in Deutschland angefangen.« Aufgrund ihrer frühen Beschneidung leidet sie jedoch bis heute unter Schmerzen. Keine körperlichen, sondern anhaltend psychische Schmerzen schildert die 63-jährige Sizilianerin Vincenza. Trotz guter Noten musste sie nach der 8. Klasse die Schule verlassen, weil Schulbildung nach Ansicht ihrer Eltern für Mädchen unnötig sei. Erst im Alter hat Vincenza angefangen, ihre Meinung zu äußern: »Das »Nein«-Sagen musste ich erst lernen.«

Trotz der stark gerafften Erzählungen der eingewanderten Frauen und Mädchen gewinnt der/die Leser*in tiefe Einblicke in deren Erfahrungen. Es entsteht bei der Lektüre sogar eine emotionale Nähe. Wer weiß, ob sie nicht auch in künftige Begegnungen mit »den Anderen« einfließen und das sprichwörtliche »Othering« verhindern kann.

Ariane Dettloff

Die Broschüre kann kostenlos heruntergeladen werden: <https://bit.ly/3wMOf4k>BEZIEHUNGEN, UTOPIEN
UND BEWEGUNGEN
VERBINDEN

Die aktuellen Krisen stellen politische Aktivist*innen vor drei Herausforderungen: Wie können verschiedene Auseinandersetzungen so verbunden werden, dass sie, erstens, auf konkrete Bedürfnisse Bezug nehmen, zweitens, den Alltag verbessern, und, drittens, zugleich dazu beitragen, die kapitalistische Wirtschaftsweise zu überwinden? Mit Blick auf diese Herausforderung sucht Gabriele Winker, emeritierte Professorin für Arbeitswissenschaft und Gender Studies und Mitbegründerin des Netzwerks Care Revolution, nach Antworten.

Ihr neues Buch fokussiert auf zwei Krisenstränge: die »Gefährdung von Sorgebeziehungen« und den »lebensbedrohlichen Klimawandel«. Die Darstellung dieser Problembereiche bezieht sich durch die gut lesbare und differenzierte Analyse. Danach erörtert Winker, wie diese Bereiche in der Perspektive einer solidarischen Care-Ökonomie verbunden werden können. Winker fasst die sozialen und ökologischen Krisen in dieser Hinsicht als Ausdruck der »Erschöpfung menschlicher und ökologischer Ressourcen«. Diese Erschöpfung beeinträchtigt die für eine politische Veränderung entscheidende Handlungsfähigkeit von Menschen, während sie im selben Maße wirksames kollektives Handeln dringlich notwendig mache. Kennzeichnend zeichnet Winker ein präzises Bild des Leidens in einer neoliberal geprägten Gesellschaft.

Sie zeigt jedoch auch auf, wie Menschen sich Zumutungen verweigern und Auswege suchen. Von diesen Anknüpfungspunkten für eine »revolutionäre Realpolitik für Care und Klima« ausgehend, skizziert Winker vier strategische Zielrichtungen, die einander ergänzen: eine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, den Aufbau einer solidarischen Unterstützungsstruktur durch ein bedingungsloses Grundeinkommen und eine soziale Infrastruktur, die Entwicklung demokratischer Beteiligungsformen in der Care-Arbeit und darüber hinaus sowie die Unterstützung vielfältiger Lebensentwürfe durch Commons-Initiativen. Die Autorin kritisiert die kapitalistische Gesellschaft radikal: Letztlich wird eine solidarische Gesellschaft nur jenseits von Geld und staatlicher Herrschaft möglich. Doch spielt sie Revolution und Reform nicht gegeneinander aus, sondern betont individuelle und kollektive Gestaltungsspielräume der Transformation. Mit zu den stärksten Teilen des Buches gehören Winkers Überlegungen zur Frage, welche Konsequenzen für die politische Arbeit mit Blick auf eine solidarische Care-Ökonomie folgen. Sie betont unter anderem, wie wichtig es sei, Bedürfnisse ernst zu nehmen und Lernprozessen Zeit zu geben. Winker gelingt es, das Ethos der Sorge politisch überzeugend auszuformulieren. Das Buch kann dabei helfen, das praktische politische Handeln wesentlich voranzubringen, weil es analytischen Scharfblick mit konkreten Strategien verbindet, die der Mehrfachkrise angemessen sind.

Andreas Exner

Gabriele Winker: Solidarische Care-Ökonomie. Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima; transcript Verlag, Bielefeld 2021, 211 Seiten, 18,90 Euro

DAS ENDE IST NOCH OFFEN



Wir wissen, dass unser Lebensstil in die Selbstausrottung führt. Warum ändern wir ihn dann nicht? Und was müsste passieren, um ihn zu ändern? Die Frage ist nicht originell, doch die Antwort, die Peter Strauß darauf gibt, ist es. Er geht in die Vogel-, nein: die Dodo-Perspektive: Einmal weit zurücktreten. Zuerst schaut er sich an, was für eine Spezies wir eigentlich sind und was uns dazu gemacht hat. Dann führt er seine Leser aus der Steinzeit zur Industrialisierung und von dort über die Historie der Macht zu den Internetgiganten und in den Irrsinn der Finanzmärkte.

Sein Buch lässt sich auch als Wirtschaftsgeschichte lesen. Wobei er Wirtschaft nicht als das Produkt einer »Unsichtbaren Hand« nach Adam Smith begreift, sondern als Menschen gemachtes Konstrukt. Schade, dass die Menschen dabei keine Gestalter und Akteure sind, weil sie sich selbst nicht so begreifen. Das ist eine der vielen Ungereimtheiten, die den Menschen zum wahrscheinlich widersprüchlichsten Tier auf Erden machen. Peter Strauß schaut ihn sich aus der Perspektive unterschiedlicher Disziplinen wie der Anthropologie, Pädagogik, der Soziologie und Populärliteratur an und zitiert handverlesene Referenzen von Peter Kropotkin, Jean Ziegler, Jared Diamond bis zu Erich Fromm. Mit großer Expertise in vielen Bereichen verwebt er ihre Aussagen zu einem großen Panorama, dem ökosozialen Psychogramm einer Spezies. Der interdisziplinäre Ansatz ermöglicht dabei originelle Denkipulse. Das ließe sich in bester populärwissenschaftlicher Tradition mit großem Gewinn herunterlesen, wäre da nicht die etwas zu geizige Formatierung des Textes. Leider transportiert Strauß zudem in den ersten Kapiteln teils ein seit Jahrzehnten überholtes Menschenbild, wenn »Urvölker« mit heutigen Indigenen gleichgesetzt werden.

Der wichtigste Gehalt des Buches kommt im letzten Drittel, nach der Analyse. Da entwickelt Peter Strauß Visionen, wie die Menschheit sich am Schopf aus dem selbstgemachten Schlamassel ziehen kann. Dass es dafür das ganze historische Tableau braucht, erklärt sich aus seinem Lösungsansatz: Das, was da ist, weiterzudenken, aber in eine Richtung, die auch für spätere Generationen funktioniert. Vor allem, sagt er im Interview, müssen wir beginnen, über die großen Strukturen nachzudenken. »Appelle helfen nicht«, sagt er. Zum Überleben brauche es eine gemeinsame Strategie und konkrete Fahrpläne. »Kann man mit einem Buch die Welt verändern?«, fragt der Autor, und klar: Er wollte nicht weniger als den ganz großen Wurf. Das wäre schon für einen Wirtschaftshistoriker hoffnungslos überambitioniert gewesen. Was er geschafft hat, ist erstaunlich. Denn Peter Strauss ist kein Wissenschaftler, sondern Ingenieur, und sein engagiertes Buch kann durchaus als Nestbeschmutzung gelesen werden: Er arbeitet seit zwanzig Jahren in der Automobilindustrie.

Friederike Grabitz

Peter Strauß: Ende offen. Der Weg des Menschen aus der Steinzeit in die Zukunft. Tredition Verlag, Hamburg 2021, 487 Seiten, 25 Euro

EINFACHE FRAGEN MIT
SPRENGKRAFT

Emilia Roig beschreibt in ihrem Buch die Unterdrückung und Ausbeutung durch Kapitalismus, Rassismus und Sexismus. Sie denkt und argumentiert diese Strukturen und Denkweisen als ineinander verwoben, also als »intersektional«. Durch diese Intersektionalität kann sie auch den Umstand erklären, dass sehr viele Menschen in Bezug auf ein Verhältnis »Täter*in« sind, und gleichzeitig in Bezug auf ein anderes »Opfer«; dass sie in einem Fall oder einer Situation Privilegien haben, und in anderen nicht. Diese theoretischen Überlegungen mixt Roig immer wieder mit persönlichen Gedanken über ihr Leben oder ihr Aufwachsen in einer »trans-racial« Familie. Sie umreißt so ein Panorama all der Zustände und Strukturen, mit denen es eine emanzipatorische Linke heute zu tun hat.

Im Einzelnen untersucht und diskutiert Roig, Gründerin des in Berlin ansässigen Center for Intersectional Justice, entlang von Kontaktzonen und Räumen, wo Ungleichheit als Machtfaktor in täglichen Begegnungen und strukturellen Zusammenhängen relevant ist: in Medien, in Schulen und Universitäten, in Gefängnissen und Justizwesen, im »Körper der Frauen«, in der Medizin und nicht zuletzt stets in der langen Tradition des Kolonialismus. Immer wieder fragt sie: Wer ist wie sichtbar? Wer darf sprechen? Wer wird wo repräsentiert? Wer macht die (unbezahlte) Arbeit, und wer definiert eigentlich zum Beispiel »Leistung«? Diese Fragen klingen banal, in ihrer Einfachheit liegt aber eine Radikalität und eine große und motivierende Sprengkraft. So arbeitet sie zum Beispiel heraus, dass Schule und Universität heutzutage die größten Barrieren und Filter für den späteren Lebensweg sind.

Roig geht es auch um ein anderes Wissen. Das vorhandene und von rassistischen und sexistischen Mustern durchzogene (»europäische«) Wissen müsse dekolonisiert und somit falsche Vorstellungen von Objektivität und Neutralität überwunden werden. Unterschiede zwischen Menschen seien zwar da, aber nicht das Problem. Es wäre naiv sie zu leugnen; das Problem sind die (Ab)Wertungen, die damit verbunden sind.

Bei all der Beschreibung von Abwertung und Gewalt, von Trauma und Tod vergisst sie nie, dass es um mehr Anteilnahme, Kooperation und Fürsorge gehen muss. Ohne Selbstliebe gibt es keine Veränderung und keine Kraft dafür. Roig zeigt die Vielseitigkeit von Unterdrückungsverhältnissen, aber ihr geht es immer auch um Handlungsfähigkeit – und was dafür nötig ist. Sie zeigt anschaulich, an historischen und aktuellen Kämpfen und Bewegungen, dass auch »Unterdrückte« handeln und Widerstand leisten.

Das beeindruckende und vielseitige Buch ist Ergebnis eines akademischen Aktivismus und trotzdem leicht lesbar. Es ist gut geeignet, an interessierte Verwandte, NachbarInnen oder MitbewohnerInnen verschenkt zu werden.

Bernd Hüttner

Emilia Roig: Why We Matter. Das Ende der Unterdrückung, Aufbau Verlag, Berlin 2021, 396 Seiten, 22 Euro

Video zur Buchpremiere am 13. Februar 2021, moderiert von Alice Hasters: <https://bit.ly/3z-9bVvKx>KOLLEKTIV UND MARKTFREI
ARBEITEN

Wer bei den Stichworten »Nachbarschaftsmodell« und »Wohngensenshaft« an den Schweizer Kultautor P.M. und sein utopisches Werk »bolo'bolo« denkt, liegt beim vorliegenden Buch nicht falsch. Denn die beiden Autoren Fred Frohofer und Werner Vontobel aktualisieren das Modell und ergänzen es mit ökonomischen Vorschlägen zur Lösung von lokalen Verteilungsproblemen. So ist ihr Nachbarschaftskonzept wie folgt skizziert: »Die grundlegende Idee ist, die althergebrachte Ökonomie von Dörfern in die heutigen Agglomerationen und Städte einzufügen und diese Dorfwirtschaft mit den lokalen Bedürfnissen und Möglichkeiten (der BewohnerInnen) zu verknüpfen.« Dabei sei das Ziel, vermehrt kollektiv und marktfrei zu arbeiten.

Dass dieses Konzept weder Ideologie noch Utopie sei, sondern »reine Ökonomie«, legen die beiden Autoren in ihrem handlichen Büchlein überzeugend dar. Dabei fließen sowohl Vontobels wirtschaftswissenschaftliches Studium und seine langjährige journalistische Praxis als auch Frohofers Engagement im Verein »Neustart Schweiz« in die ökonomischen Skizzen ein. Der Verein ging bekanntlich aus dem Zürcher Nachbarschaftsprojekt »Kraftwerk1« hervor.

Ökonomische Grundannahme der beiden Autoren ist die Aussage, dass »die Wirtschaft« nicht nur den Markt, sondern unsere gesamten Tätigkeiten, also auch die Bedarfswirtschaft und die Staatswirtschaft, umfasse. Eine Bedarfswirtschaft beginne bereits im Kleinen, etwa in dem man sich gegenseitig die Kinder hütet, die Haare schneidet oder das Auto teilt.

In neun Kapiteln entwickeln die Autoren ihr Konzept, wie wir aus den Fehlern der Marktwirtschaft lernen und mit einer »evolutionären Perspektive« die eigenen Bedürfnisse erkennen und sie befriedigen können, um zu einer Binnen- oder Bedarfswirtschaft zu kommen, »die uns gut tut«. Überzeugend und mit Verweis auf verschiedene internationale ÖkonomInnen legen sie dar, dass die Marktwirtschaft in den letzten Jahren mit Klimaerhitzung und chronischer Arbeitslosigkeit »nicht nur die Umwelt zerstört, sondern auch die Gesellschaft desorganisiert« habe. Es gelte nun vor allem, die »Koordinationskosten« des Marktes zu ermitteln, um dessen Nachteile deutlich zu machen. Denn diese Kosten seien laut den Autoren im Bereich der Bedarfswirtschaft erheblich geringer, da hier die Produktionsgemeinschaft beinahe identisch mit der Bedarfsgemeinschaft sei.

Auf leicht und spannend lesbare Weise verknüpft das Buch nicht nur theoretisches Rüstzeug verschiedener ökonomischer Konzepte, sondern auch Ideen zur praktischen Umsetzung, die in einigen »Nachbarschaften« bereits erprobt wurden. – Anregender Diskussionsstoff, um die von den Autoren skizzierte und geforderte »neue Wirtschaftsordnung von unten« aufzubauen.

Peter Streiff

Fred Frohofer, Werner Vontobel: Eine Ökonomie der kurzen Wege – von der Marktwirtschaft zur Bedarfswirtschaft; Rotpunktverlag Zürich 2021, 176 Seiten, 15 Euro

TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

WORKSHOPREIHE

Kommunale Verkehrswende durch direkte Demokratie

14. Juli, 18.30 bis 20 Uhr (Online)

Für eine umfassende Verkehrswende sind viele kleine Schritte zu gehen - welche Ansatzpunkte gibt es für kommunale Bürgerbegehren? Darüber sprechen Expert*innen des Umweltinstituts München sowie Vertreter*innen von erfolgreichen Bürgerinitiativen.

Info: <https://bit.ly/2TvmDBH>

Wie starte ich ein Bürgerbegehren für den Klimaschutz?

28. Juli, 18.30 bis 20 Uhr (Online)

Berater*innen von »Bürgerbegehren Klimaschutz« und »Mehr Demokratie« geben Tipps und Anleitung, wie jeder und jede Einzelne ein Bürgerbegehren starten und zum Erfolg führen kann. Die Veranstaltung richtet sich an alle, die den Klimaschutz mit den Mitteln der direkten Demokratie voranbringen möchten.

Info: <https://bit.ly/3vqQlzM>

MASSENAKTION

Ende Gelände

28. Juli bis 2. August (Brunsbüttel)

Ende Gelände wird sich im Zeitraum vom 29. Juli bis 2. August mit einer großen Aktion Zivilen Ungehorsams gegen das geplante LNG-Terminal Brunsbüttel richten. Dieses soll auch mit

Fracking-Gas beliefert werden. Das Bündnis protestiert mit der Aktion gegen den weiteren Ausbau jeglicher fossiler Infrastruktur und für den sofortigen Kohle- und Gasausstieg. Ende Gelände blockiert seit 2015 Kohleinfrastruktur in den deutschen Abbaugeländen mit Aktionen Zivilen Ungehorsams. Im Herbst 2020 wurde dabei erstmals auch Gasinfrastruktur am Gaskraftwerk Lausward bei Düsseldorf blockiert. Die Aktivist*innen prangern insbesondere das Greenwashing der Gasindustrie an.

Info: www.ende-gelaende.org

ERINNERUNG

Scherben bringen Glück

14., 20. und 21. August 2021 (Berlin) jeweils 18.30 bis 22 Uhr

In langjähriger Tradition finden anlässlich des Todestages von Rio Reiser drei Dampferfahrten auf der Spree und dem Landwehrkanal statt. Unter dem Motto »Scherben bringen Glück« bekommt man dabei vom Wasser aus noch einmal einen ganz anderen Blick auf »Ton Steine Scherben« und ihren Platz in Berlin. Auf den jeweils dreieinhalbstündigen Fahrten kann man Geschichten, Lesungen aus Büchern und Interviews lauschen, die anhand der Orte, die passiert werden, einen Teil der Bandgeschichte zum Leben erwecken. Dazu spielen »Kai & Funky von Ton Steine Scherben mit Gymmick«, Kommunemitglieder und Gäste live auf dem Schiff die passende Musik.

Ort: »MS Spree-Comtess«, Abfahrt ab Hansbrücke, 10555 Berlin
Info: <https://bit.ly/3pRkULf>

ALLE IM BLICK?!

Seminare (online) solidarisch gestalten

10. & 11. September (Online)

Was heißt es überhaupt, einen solidarischen Seminarraum zu schaffen? Ziel des Seminars ist es, basierend auf dem Konzept der Solidarität die Gestaltung von digitalen wie auch analogen Seminarräumen zu betrachten und über Möglichkeiten zur Teilhabe und Partizipation zu reflektieren. Welche Barrieren und Machtverhältnisse hindern Menschen an einer (zufriedenstellenden) Seminarteilnahme im digitalen und analogen Raum? Wie können Zugänge und Räume für unterschiedliche Zielgruppen und Bedürfnisse geschaffen werden? Was braucht es, damit Menschen gleichberechtigt und auf Augenhöhe teilhaben können?

Info: <https://bit.ly/3vsKHCU>

KONFERENZ DES LEBENS

Tiefenökologie meets Permakultur

23. bis 26. September (Zierenberg)

Seit über einem Jahr sind wir mit Covid-19 konfrontiert, Menschen wurden infiziert, krank oder starben. Dieses oder anderes persönliche Leid geht einher mit kollektiven Verlusten, ausgelöst durch Klimakrise und Artensterben. Sie lösen bei Vielen Angst und Ohnmacht aus. Wenn wir diesen Schmerz zulassen, erleben und gegenseitig bezeugen, können Mut und Entschlossenheit zum Handeln entstehen - ein Handeln aus der wechselseitigen Verbundenheit mit allem Lebendigen!

Einen bedeutsamen Handlungsimpuls gibt das Konzept der Permakulturgestaltung. Die Ethik und Prinzipien der Permakultur, Methoden und Werkzeuge unterstützen uns darin, mit Herz, Kopf und Hand zukunftsfähig zu gestalten und zu handeln. Diese Konferenz bietet Raum, um sich über den Zustand der Erde sowie eigener Gefühle auf vielfache Weise auszutauschen, konstruktive Ansätze für den Umgang damit zu entwickeln und Ideen für individuelle und kollektive Handlungsmöglichkeiten zu bekommen.

Ort: Projekt Lebensbogen e.V., 34289 Zierenberg
Info: <https://bit.ly/3glBVcb>

TAGUNG

Solidarität in der globalen Gesellschaft

14. bis 16. Oktober (Salzburg)

Anlässlich des 100. Geburtstages von Paulo Freire nimmt sich die Tagung zur Aufgabe, zentrale Konzepte des weltweit einflussreichen Pädagogen und Gesellschaftswissenschaftlers aus Brasilien für einen angemessenen Umgang mit aktuellen Entwicklungen fruchtbar zu machen. Sein dialogisch-situativer Ansatz bietet für diese Überlegungen zahlreiche theoretische und praktische Anregungen: Freies Kampf für Gerechtigkeit und Solidarität ist beispielhaft für eine radikale Kritik am bestehenden, postkolonialen neoliberalen System und eröffnet uns neue, die bisherigen Grenzen überschreitende Möglichkeiten.

Ort: Paris Lodron Universität, Kapitelgasse 4/6, 5020 Salzburg
Info: <https://bit.ly/3wsjkdI>

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation

Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5737

HERAUSGEBER

contrasté, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V. Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel

Anfragen: info@contrasté.org
Verein: vorstand@contrasté.org
Redaktion: redaktion@contrasté.org
www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 Redakteur*innen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das Contrasté-Büro in Kassel.

V.I.S.D.P.: Regine Beyß
Es gilt die Anzeigenpreisliste 2018.

REDAKTION BERLIN:

Ulrike Kumpke
ulrike.kumpke@contrasté.org

REDAKTION BREMEN:

Bernd Hüttner (Rezensionen)
bernd.huettner@contrasté.org

REDAKTION ELBSANDSTEINGEBIRGE:

Johannes Dietrich
johannes.dietrich@contrasté.org

REDAKTION FREIBURG:

Burghard Flieger (Genossenschaften)
 [\(0761\) 709023](mailto:(0761)709023)
genossenschaft@t-online.de

REDAKTION GÖTTINGEN:

Kai Böhne (Anzeigen)
kai.boehne@contrasté.org

REDAKTION HAMBURG:

Hilmar Kunath
 [\(040\) 39904196](mailto:(040)39904196)
hh.kunath@web.de

REDAKTION KASSEL:

Regine Beyß
regine.beyss@contrasté.org

REDAKTION KÖLN/BONN:

Heinz Weinhausen
 [\(0170\) 5838900](mailto:(0170)5838900)
heinz.weinhausen@contrasté.org
Ariane Dettloff
 [\(0221\) 315783](mailto:(0221)315783)
ariane.dettloff@contrasté.org

REDAKTION LÜNEBURG:

Marlene Seibel
marlene@marlenseibel.de
REDAKTION SPROCKHÖVEL:
Uli Frank
ulifrank@unverdient.de

REDAKTION STUTTGART:

Peter Streiff
 [\(07144\) 332256](mailto:(07144)332256)
peter.streiff@netz-bund.de

REDAKTION VERDEN:

Uwe Ciesla
kontakt@finkenburger.info

REDAKTION GRAZ:

Brigitte Kratzwald
 0043-69911286557
brigitte.kratzwald@commons.at

REDAKTION KLAGENFURT:

Hans Wieser (Termine)
hans.wieser@contrasté.org

ANZEIGEN

Kai Böhne
anzeigen@contrasté.org

ABOVERWALTUNG

Eva Schmitt
abos@contrasté.org

BILDREDAKTION

Regine Beyß und Eva Sempere

LAYOUT

Eva Sempere
layout@contrasté.org

TERMINE

Hans Wieser
termine@contrasté.org

IT-BETREUUNG

Vadim und Steffen, netz.koop eG
<https://netz.coop>
webmaster@contrasté.org

DRUCK

Freiburger Druck GmbH und Co KG
Facebook: www.facebook.com/contrastemonatszeitung
Twitter: [@contrasté_org](https://twitter.com/contrasté_org)
Mailingliste: <https://lists.contraste.org/sympa/info/contrasté-liste>

ANZEIGEN

1.000 Abos für die Pressefreiheit!

Verfassungsfeind?

Aus der Antwort der Bundesregierung auf die Frage, warum die Tageszeitung junge Welt vom Verfassungsschutz beobachtet wird

Mehr Informationen unter jungewelt.de/pressefreiheit

Jetzt abonnieren unter jungewelt.de/abo.
Abotelefon: 0 30/53 63 55-80/-81/-82

Gen-ethischer Informationsdienst

Zeitschrift für Informationen & Kritik zu Fortpflanzungs- & Gentechnologie

Nr. 257 || Mai 2021
Einzelausgabe 8,50 €

Der GID erscheint alle drei Monate.

Pestizide

Doppelstandards, falsche Versprechen und echte Alternativen

Gen-ethisches Netzwerk e.V.
Stephanstr. 13 · 10559 Berlin · Tel 030-685 70 73
Fax 030-684 11 83 · www.gen-ethisches-netzwerk.de

graswurzel revolution

Probefheft kostenlos: graswurzel.net/service

anti atom aktuell
Berichte Meinungen Analysen

aus der antiAtom-Bewegung rund um den Erdball

werde Fördermitglied!
<je nach Geldbeutel>

anti atom aktuell
Tollendorf 9 | 29473 Gohrde | www.anti-atom-aktuell.de

KLEINANZEIGEN

...das kann doch nicht das Ende sein!

Ideenwettbewerb Bakuninhütte

Deshalb suche ich dringend sinnstiftende Kooperation mit Stadt oder Landprojekt für meine letzte Lebensrunde. Meine »Mitbringsel« sind: eine gut sortierte Feinwerkstatt und Materialpool. Über Jahrzehnte trainiertes handwerkliches Geschick. Auch ideal als Lehrwerkstatt für Jung und Alt, aber auch Reparier-Bar fürs Umfeld. Ein interessantes Audio/Video-Archiv zur Unterstützung verschiedener Themenangebote eines Projekts. Mein Bestreben, dem Projekt beim Erreichen ihrer Ziele behilflich zu sein. Näheres gern persönlich.

Offene Ideensammlung: Wie kann die bildhafte Erinnerung an eine Wirkungsstätte des Anarchosyndikalismus formuliert werden, die heute als Erinnerungsstätte und Ausflugsziel genutzt wird? Die Eingangstür der Bakuninhütte ist das Gesicht dieses ersten Kulturdenkmals für den Anarchosyndikalismus im deutschsprachigen Raum. Für ihre Gestaltung soll die Kreativität aller Interessierten einbezogen werden. Primär geht es um die Ausgestaltung von sechs Fächern einer hölzernen Eingangstür. Einsendeschluss ist der 31. August 2021.

Erstkontakt gern an Frank über Mail: info@extralinks.de

Weitere Infos: <https://t1p.de/vtbj>